

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 291
octobre 2026
58^e année
paraît 4 fois par an



Wenn Algorithmen Einzug in den Staatsdienst halten

Künstliche Intelligenz ist im öffentlichen Dienst längst keine Zukunftsmusik mehr, sondern gewinnt zunehmend an Bedeutung im Berufsalltag der Staatsbediensteten. Auf Guichet.lu beantwortet ein KI-Chatbot Bürgeranfragen zu etwa 2.000 Behörden-gängen und hat bereits mehr als 18.000 Auskünfte erteilt. In den Ministerien und Verwaltungen wurde bis Ende September – von wenigen Ausnahmen abgesehen – der KI-Assistent „Le Chat“ des französischen Unternehmens Mistral AI integriert. Über den Zeitpunkt der internen Freischaltung entscheidet jede Behörde eigenständig.

Weitere Projekte reichen von der Recherchehilfe für Richter über die Verarbeitung von rund einer Million Seiten historischer Katasterbücher bis hin zu KI-Anwen-dungen für Legilux, die noch vor Jahresende erstmals einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten. Auch die ADEM setzt auf Digitalisierung und plant für das Jahr 2028 die Einführung einer neuen Beschäftigungsplattform,

welche offene Stellen und Profile von Arbeitssuchenden gezielter zusammenführen soll.

Die Möglichkeiten sind vielfältig, doch mit dem technologischen Fortschritt wachsen auch die Herausforderungen. Wie verlässlich sind KI-generierte Auskünfte? Wer trägt die Verantwortung, wenn Algorithmen Fehler machen? Und welche langfristigen Folgen ha-ben die erwarteten Produktivitätsgewinne für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst?

Die CGFP zieht hier eine klare Grenze: Effizienzsteigerungen dürfen keinesfalls als Vorwand für Personalabbau dienen. Das Digitalisierungsministerium versichert zwar gegenüber „fonction publique“, dass keine entsprechenden Pläne bestehen, doch aus Sicht der CGFP bleibt eine zentrale Frage weiterhin offen: Werden freiwerdende Stellen auch künftig konsequent neu besetzt? Zugleich gilt: KI darf den Menschen zwar unter-stützen, ihm jedoch niemals die Entscheidungsbefugnis entziehen.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 6 bis 9

SPAREN AM FALSCHEN ENDE



Was geschieht, wenn der Staat an seinen eigenen Dienstleistungen spart? Die Folgen könnten weit über längere Wartezeiten und überlastete Verwaltungen hinausgehen. Ein geschwächter öffentlicher Dienst gefährdet nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern letztlich auch das Vertrauen in die Demokra-tie. In einer kürzlich verabschiedeten Stellungnahme schlägt der Europäische Wirtschafts- und Sozial-ausschuss Alarm und fordert ein grundlegendes Umdenken. Viele seiner Forderungen stimmen mit den Positionen der CGFP überein. Für beide steht fest: Investitionen statt Sparzwang sind das Gebot der Stunde.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 12 und 13

MEHR ALS NUR JOBSICHERHEIT



In zahlreichen europäischen Ländern steht das öffent-lich-rechtliche Statut der Beschäftigten im Staatsdienst zunehmend unter Druck. Unter dem Schlagwort der Modernisierung werden vielerorts bewährte Strukturen infrage gestellt und traditionelle Beamtenlaufbahnen zurückgedrängt. Das Statut stellt jedoch weit mehr dar als lediglich eine Garantie für sichere Arbeitsplätze. Es schützt die Unabhängigkeit der Staatsbediensteten und damit auch die Bürgerinnen und Bürger vor willkürli-chen Entscheidungen. Ein leistungsfähiger Staatsdienst benötigt diese Unabhängigkeit. Das Statut zu bewah-ren, ist daher keine Frage von Privilegien, sondern des Gemeinwohls.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 10 und 11

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg

Tél. 47 00 47 -1 • e-mail: info@luxvoyages.lu

Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL

CGFP: Das Allgemeininteresse stets im Fokus



2027 wird die CGFP, die stets die Allgemeininteressen ihrer Mitglieder erfolgreich vertrat (und weiterhin vertritt) ihr 60-jähriges Bestehen mit einer akademischen Sitzung begehen.

Sozialer Fortschritt fällt nicht vom Himmel, auch wenn manche gerne diesen Eindruck vermitteln. Wer die Daseinsberechtigung der Gewerkschaften anzweifelt, sollte einen Blick auf die vergangenen 20 Jahre der CGFP werfen. Anlässlich des bevorstehenden Jubiläums erinnern wir an einige Ereignisse, die zeigen, was gewerkschaftliches Engagement bewirkt.

Nach den turbulenten 1990er-Jahren, in denen die politische Absicht zur Verschlechterung der Renten im öffentlichen Dienst auf erheblichen Widerstand stieß, normalisierte sich die Lage zu Beginn des neuen Jahrtausends wieder etwas.

Dies galt zumindest bis zum 8. Dezember 2005, jenem Tag, an dem der damalige Mittelstandsminister eine Reform, genauer gesagt eine Kürzung der Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst, ins Spiel brachte – ein leidiges Thema, das uns noch viele Jahre begleiten sollte.

Auch die Tripartite-Runden im Frühling 2006 führten bei der CGFP im Nachhinein zur Erkenntnis, dass die dort vorgelegten Daten zur Lage der öffentlichen Finanzen sehr schnell nach oben korrigiert wurden. Die Haushaltssituation sah auf einmal deutlich besser aus, als sie in den Dreiergesprächen geschildert worden war. Dies führte dazu, dass sich die Gewerkschaften im Nachhinein, ob berechtigt oder nicht, über den Tisch gezogen fühlten.

Diese Erfahrung machte es bei den nachfolgenden Tripartite-Runden erheblich schwieriger, einen für alle Seiten tragfähigen Konsens zu erreichen.

Im Oktober 2008, infolge der beträchtlichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten, rettete die Regierung durch ihre richtigen Entscheidungen zig Tausende Arbeitsplätze sowie das mühsame Ersparte von Klein- und Mittelverdienern.

Die negativen Auswirkungen dieser Krise, an deren Ausbruch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst keinesfalls Verantwortung trugen, sollten uns trotzdem noch lange begleiten.

Im März 2010 lehnte die CGFP auf einer außerordentlichen Vorstandskonferenz die Schlussfolgerungen ab, die die Regierung aus ihrer Analyse zur Umsetzung der Gehälterrevision im öffentlichen Dienst gezogen hatte. Die Empörung war deutlich spürbar.

Kurz darauf scheiterte die erste „offene Tripartite“. Zur Debatte standen damals Vorschläge, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich waren: eine weitere Modulierung des Indexmechanismus, die Abschaffung der Renten- und Pensionsanpassung an die allgemeine Lohnentwicklung, deutliche Kürzungen der Familienzulagen sowie ein Einfrieren der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und in staatlichen Unternehmen. Letztlich scheiterte das Vorhaben an der Indexfrage. Den Gewerkschaften haftete anschließend das Etikett der „Nein-Sager“ an.

Auch der Ende 2010 von der Regierung infrage gestellte „bëllegen Akt“ blieb auf Druck der CGFP bis zum heutigen Tag bestehen.

Kurz darauf wurde die großangelegte Protestaktion der CGFP unter dem Motto „Fir Dialog, géint Diktat!“ zu einem Riesenerfolg. Die zahlreich anwesenden Delegierten unterstützten uneingeschränkt die ableh-

nende Haltung der CGFP-Führung zur Herabsetzung der Einstiegsgehälter sowie zur Einführung eines fragwürdigen und komplizierten Bewertungssystems.

Am 15. Juli 2011, in einem Moment, in dem von Regierungsseite weit Schlimmeres geplant war, wurden von der CGFP Abkommen unterschrieben, die den Ausgangspunkt mühsamer Arbeiten in den folgenden Jahren bildeten.

Im Anschluss an eine für die CGFP erfolgreiche Schlichtungsprozedur wurde das ausgehandelte Gehälterabkommen kurz darauf von der Regierung infrage gestellt.

Nach dem Rücktritt der Regierung im Juli 2013 fanden Neuwahlen statt, die zur Bildung einer neuen Dreierkoalition führten.

In den anschließenden Gesprächen mit dem neu ernannten Minister des öffentlichen Dienstes wurde das zuvor umstrittene Bewertungssystem erheblich vereinfacht.

Nach dem gescheiterten Referendum, bei dem die Regierung für die drei zur Abstimmung vorgelegten Fragen gleich drei „rote Karten“ kassiert hatte, trat am 1. Oktober 2015 die Reform des Dienstrechts in Kraft.

Unter dem Motto „Gegen Sonderopfer zu Lasten des öffentlichen Dienstes“ sendete die CGFP am 16. Juni 2016 vor rund 1.200 Sympathisanten ein deutliches Warnsignal an die Regierung.

Am 27. November 2017 folgte eine weitere Protestveranstaltung der CGFP. Die rund 750 Teilnehmer machten unmissverständlich klar, dass die künftige Regierung an einer Abschaffung der 80/80/90-Regelung nicht vorbeikommen würde – mit Erfolg, denn am 15. Juni 2018 gaben die politischen Entscheidungsträger dem Druck der CGFP nach.

Ab März 2020 war der Fokus über einen längeren Zeitraum hinweg auf die Corona-Pandemie gerichtet, die insbesondere für die Gewerkschaften eine äußerst herausfordernde Phase darstellte.

Zum 1. Januar 2023 wurde das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst endgültig abgeschafft, lediglich die Praktikanten („Stagiaires“) müssen sich weiterhin einer Bewertung unterziehen.

Ausgenommen blieb die Armee, was erneut zu einer Mobilisierung der CGFP in Dommeldingen führte. Rund 800 Mitglieder brachten damals unter dem Motto „Ja zum Fairplay, Nein zum Vertragsbruch!“ ihren Unmut zum Ausdruck.

Gleiches gilt im Bereich der Rentenreform: Von politischer Ehrlichkeit vor den letzten Wahlen war

kaum etwas zu bemerken, da das Thema Rentenreform geflissentlich verschwiegen wurde.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die CGFP durch konsequentes Handeln im allgemeinen Interesse ihrer Mitglieder sowie des Landes zahlreiche Erfolge erzielt. Die CGFP zeigte sich stets solidarisch, gerade dann, wenn es für alle am meisten darauf ankam. Konfrontationen mit anderen suchte sie nie – es sei denn, sie sah sich selbst Angriffen ausgesetzt. Die CGFP stand auch anderen Gewerkschaften zur Seite, wenn gemeinsames Handeln gefragt war.

Die CGFP hat sich kontinuierlich mit Erfolg gegen die Abschaffung oder Aufweichung des Indexmechanismus gewehrt und sich dafür eingesetzt, zeitweise Verschlechterungen rückgängig zu machen.

Ebenso engagierte sie sich stets mit aller Vehemenz für die Rechte der Gewerkschaften.

Dank der CGFP wurden im öffentlichen Dienst Zeitsparkonten eingeführt und der sogenannte „bëllegen Akt“ weder abgeschafft noch verschlechtert. Auch die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation geht auf ihr Konto.

In unzähligen Tripartite-Verhandlungen setzte sich die CGFP entschlossen für die Belange der Mittelschicht ein, die auch im steuerlichen Bereich zur Stärke und Handlungsfähigkeit unserer Demokratie beiträgt.

Die Flughafenverwaltung sowie die Arbeitsagentur (ADEM) wurden nicht privatisiert, und das Fonds du Logement blieb von einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft verschont.

Auch die mitunter scharfen Äußerungen einzelner Regierungsmitglieder gegenüber der CGFP veranlassten diese nicht, von ihrem Kurs abzuweichen.

Auch während der Corona-Pandemie setzte sich die CGFP weiterhin für die Belange der Bevölkerung und der besonders betroffenen Unternehmen ein. Ein ähnliches Engagement war bereits im Jahr 2008 während der Finanzkrise zu beobachten, als Rettungspakete in Milliardenhöhe für angeschlagene Banken geschnürt wurden.

Leider scheinen diese Verdienste bei den Vertretern der Unternehmenseite häufig schnell in Vergessenheit zu geraten.

Auch in der kontroversen Diskussion zur Rentenreform vertrat die CGFP von Beginn an konsequent ihre Position und verhinderte letztlich Schlimmeres, wohlwissend, dass dieses Thema in einigen Jahren erneut auf die politische Agenda gelangen dürfte.

Schlussendlich hat die CGFP viele Protestveranstaltungen organisiert bzw. an gemeinsamen Protestaktionen teilgenommen, dies, obwohl wir vieles lieber im Sozialdialog geregelt hätten, was jedoch leider nicht immer möglich war.

Die beständigen Erfolge bei den Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst belegen eindrucksvoll, dass die CGFP eine gute Arbeit geleistet hat und weiterhin leistet. Sie ist nach wie vor die einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, der als Garant für das reibungslose Funktionieren einer Demokratie von zentraler Bedeutung ist.

Aus all diesen Gründen werden die CGFP und ihre Fachverbände auch in Zukunft eine entscheidende Schlüsselrolle einnehmen!

Romain Wolff,
CGFP-Präsident



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

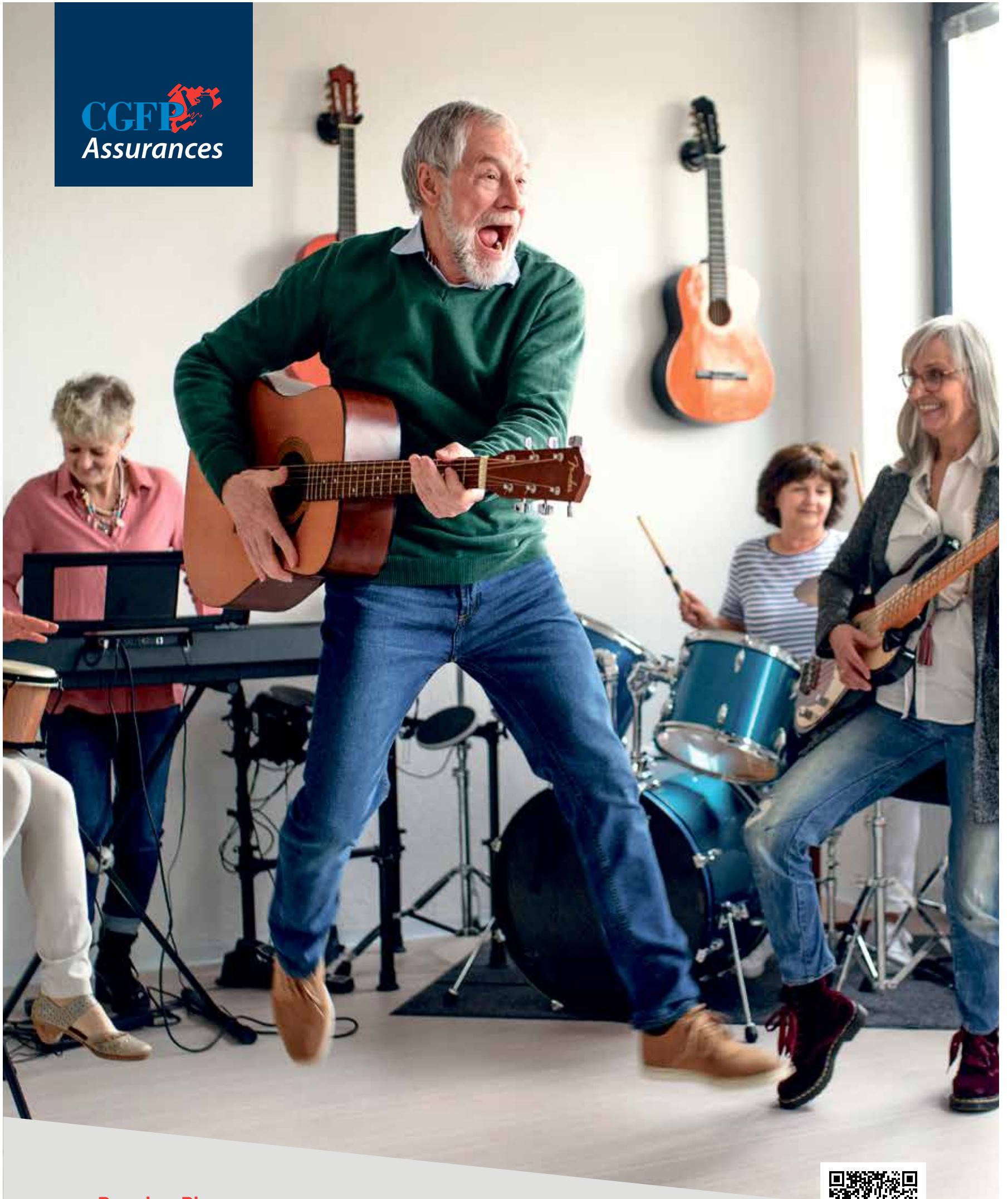
Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: Mediahuis Luxembourg S.A.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement
l'avis de la CGFP.



CGFP
Assurances



Pension Plan

Votre retraite mérite une stratégie d'investissement solide

Pension Plan, le contrat prévoyance vieillesse selon l'article 111bis L.I.R.* intègre des ETFs dans une enveloppe prévoyance flexible, adaptée à votre profil de risque et à votre horizon de placement.

Une assurance  **baloise**

*Loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu (L.I.R.). Le contrat Pension Plan permet de déduire les primes versées de sa déclaration d'impôts jusqu'à un plafond de 4.500€. Attention la fiscalité applicable à l'échéance dépendra de votre lieu de résidence au moment du versement de votre épargne, ainsi que de vos revenus et de votre tranche d'imposition.



CGFP Assurances S.A.

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg

Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu

CGFP fordert konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft

Unmittelbar vor der ersten CGFP-Generalversammlung nach der „Rentrée“, die erst nach Redaktionsschluss stattfand und in der nächsten Ausgabe ausführlich behandelt wird, standen mehrere bedeutende sozialpolitische Termine auf dem Programm. Zwei dieser Zusammenkünfte boten der CGFP die Gelegenheit, ihren Forderungen gegenüber der Regierung Nachdruck zu verleihen: die erste Sitzung des „Comité de suivi tripartite“ sowie eine Unterredung mit Finanzminister Gilles Roth zum Haushaltsentwurf 2027. Im Mittelpunkt stand dabei vor allem die Stärkung der Kaufkraft.

Bei der ersten Sitzung des „Comité de suivi tripartite“ am 20. Oktober in Senningen drängte die CGFP auf eine zügige Umsetzung der im Rahmen des „Resilienzpak“ vereinbarten Maßnahmen. Die bereits im Parlament eingebrachten Texte müssten nun schnellstmöglich verabschiedet werden.

Dazu zählt insbesondere die Abschaffung der Altersgrenze von 40 Jahren, die bisher den Zugang zur Verdopplung der steuerlich absetzbaren Beträge bei Bau-sparverträgen einschränkt. Gleiches gilt für den „crédit d'impôt conjoncture“: Dieser soll rückwirkend für den Zeitraum von Juni bis Dezember 2026 eine steuerliche Entlastung bewirken, die einer Anpassung der Steuertabelle um eine Indextranche entspricht. Ab Januar 2027 soll diese Anpassung dauerhaft in die Steuertabelle einfließen. Der entsprechende Gesetzentwurf soll voraussichtlich am 29. Oktober im Parlament verabschiedet werden.

Die CGFP übte zudem scharfe Kritik an der Haltung der EU-Kommission, die sich einer Verdoppelung des maximalen Erstattungsbetrags im Rahmen des super-reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 3 % für den Bau oder die Renovierung des Hauptwohnsitzes) widersetzt hat.



Ein weiterer Schwerpunkt der Dreiergespräche war die Entwicklung der Energiepreise. Die derzeitigen staatlichen Beihilfen laufen Ende Dezember aus. Premierminister Luc Frieden erklärte nach der Sitzung, die Verhandlungspartner seien zu dem gemeinsamen Schluss gekommen, die Energiemaßnahmen „irgendwie weiterführen zu wollen“.

Konkrete Entscheidungen über deren Ausgestaltung standen jedoch noch aus. Nach Einschätzung der Statistikbehörde STATEC könnte die Energiekrise bis ins Jahr 2028 nachwirken. Eine weitere Sitzung des „Comité de suivi tripartite“ fand erst nach Redaktionsschluss statt, sodass wir in der nächsten Ausgabe auf die Ergebnisse zurückblicken werden.

CGFP fordert Haushaltspolitik mit sozialer Verantwortung

Neben den Tripartite-Gesprächen stand auch der Haushaltsentwurf 2027 auf der Agenda. Bei einem Austausch zwischen den national repräsentativen Gewerkschaften und Finanzminister Gilles Roth am 19. Oktober betonte die CGFP angesichts der unsicheren internationalen Wirtschaftslage die Notwendigkeit einer vorausschauenden Finanzpolitik, die wirtschaftliche Stabilität

und soziale Verantwortung miteinander vereint.

Die im europäischen Vergleich niedrige Staatsverschuldung verschaffe Luxemburg den erforderlichen Handlungsspielraum, um gezielt in die Zukunft des Landes zu investieren. Sparmaßnahmen zulasten der Bürger, insbesondere im sozialen Bereich, seien der falsche Weg, unterstrich die CGFP in einer Pressemitteilung.

Ausdrücklich begrüßte die CGFP das jüngste Bekenntnis von Finanzminister Gilles Roth zum Indexmechanismus, der für die Regierung weiterhin „in Stein gemeißelt“ sei. Zugleich machte sie deutlich, dass der Erhalt des Index allein nicht ausreiche. Eine vollständige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation bleibe unverzichtbar, um eine schleichende steuerliche Mehrbelastung der Haushalte zu verhindern.

Neben der ungleichen Verteilung der Steuerlast zwischen privaten Haushalten und Unternehmen thematisierte die CGFP auch die anhaltende Wohnungskrise. Sie bezeichnete die angekündigte Erhöhung des sogenannten „Béllegen Akt“ als einen Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus sprach sich die CGFP dafür aus, verstärkt auf Volksanleihen (emprunts populaires) zurückzugreifen, um zusätzliche Mittel zu mobilisieren.

Positiv wertete die CGFP die Zusage der Regierung, an einem leistungsstarken öffentlichen Dienst festzuhalten. Dieser müsse auch künftig über ausreichende personelle und finanzielle Mittel verfügen. Mit Blick auf den zunehmenden Einsatz künstlicher Intelligenz forderte die CGFP zudem einen verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Technologien (siehe dazu auch die Seiten 6 bis 9).

fp



Télétravail et droit à la déconnexion : une avancée majeure grâce à la CGFP

Le télétravail dans la fonction publique et le droit à la déconnexion disposent enfin d'un cadre légal. Le 13 octobre, la Chambre des Députés a adopté à l'unanimité le projet de loi 8121, franchissant ainsi une étape importante vers une réglementation uniforme. La CGFP se félicite de cette avancée qu'elle revendiquait depuis longtemps, même si quelques lacunes subsistent.

Avec l'adoption du nouveau texte, les règles applicables sont désormais inscrites dans un cadre légal conforme aux exigences constitutionnelles. Le ministre de la Fonction publique, Serge Wilmes, a souligné à l'issue du vote que cette loi « apporte un cadre légal à une pratique désormais largement répandue au sein des ministères et administrations de l'État, renforçant ainsi la sécurité juridique tant pour les agents que pour les employeurs publics. »

La limitation du télétravail à 60 % du temps de travail total a particulièrement retenu l'attention des médias. Cependant, cette disposition ne signifie nullement que chaque agent public à plein temps pourra d'office travailler trois jours par semaine à domicile. Il s'agit d'un plafond maximal et non d'un droit acquis.

Concrètement, les agents pourront exercer jusqu'à 60 % de leur temps de travail à distance, sous réserve d'un accord avec leur supérieur hiérarchique. Le télétravail ne constitue pas un droit ou une obligation. Son autorisation dépend notamment de la nature des missions exercées et des nécessités du service. La loi fixe également des exigences à l'égard des chefs d'administration et des télétravailleurs : elles portent notamment sur l'équipement informatique à fournir ainsi que sur le respect

de la confidentialité et de la protection des données.

L'autorisation de télétravail peut être révoquée par le chef d'administration lorsque l'intérêt du service le justifie. En principe, l'agent dispose alors d'un délai de deux mois avant de devoir reprendre son activité entièrement sur son lieu de travail habituel. Ce délai peut toutefois être supprimé si les nécessités du service l'exigent, à condition que l'intéressé ait été entendu et que la décision soit dûment motivée.

La nouvelle réglementation couvre également le travail effectué dans les espaces espaces de coworking, implantés à Differdange, Dudelange, Schieren et Clervaux. Dans le cadre de l'organisation du travail au sein de la fonction publique, les journées prestées dans ces espaces sont comptabilisées comme des journées de télétravail.

Si chaque chef d'administration connaît le nombre d'agents pratiquant le télétravail au sein de ses services, aucune statistique globale ne permet actuellement d'en mesurer l'ampleur à l'échelle de la fonction publique. En avril dernier, le ministre Serge Wilmes avait reconnu que la fonction publique ne disposait pas d'une gestion centralisée des données relatives au télétravail.

Outre le télétravail, la loi consacre également le droit à la déconnexion. Les agents publics ne peuvent être joints en dehors de leurs heures de travail que dans deux cas : en présence de circonstances exceptionnelles et imprévues, ou pendant une période d'astreinte à domicile. Si un agent choisit d'ignorer une demande professionnelle qui lui est adressée en dehors de son

temps de travail, il ne sera pas puni ou désavantagé d'une quelconque manière.

Du point de vue de la CGFP, la mise en place du cadre légal pour le télétravail dans la fonction publique constitue l'aboutissement de plusieurs années d'efforts. En mars 2021, les parties avaient conclu un premier accord, suivi en octobre 2022 d'un accord entre la CGFP et le ministre de la Fonction publique sur les modalités du télétravail. Depuis, la CGFP n'a cessé de revendiquer une base légale solide ainsi que des règles uniformes et contraignantes pour éviter des disparités de traitement entre les agents publics. L'adoption du projet de loi correspondant constitue un succès important pour la CGFP, qui a fait preuve de persévérance dans l'avancement de ce dossier.

Des lacunes à combler

Cette avancée ne doit cependant pas faire oublier que certains points restent insuffisants. C'est notamment le cas du droit à la déconnexion : la CGFP estime que les « raisons exceptionnelles et imprévues » permettant de contacter un agent en dehors de son temps de travail devraient faire l'objet d'une définition plus précise.

Par ailleurs, la CGFP regrette que le rôle des représentations du personnel n'ait pas été renforcé. Elles devraient être étroitement associées à l'élaboration des règles de télétravail, notamment lors de la détermination des fonctions éligibles et des modalités pratiques.

La CGFP partage les réserves exprimées par la Chambre des fonctionnaires et employés publics concernant la possibilité d'imposer au télétravailleur un retour

sur son lieu de travail « dans le plus bref délai » lorsque « l'intérêt du service » l'exige. Les notions de « plus bref délai » et d'« intérêt du service » ne sont pas suffisamment précises. Le télétravail ne doit pas se transformer en une forme d'astreinte permanente. Les situations qui exigent la présence physique de l'agent devraient être déterminées au préalable, notamment dans le cadre de l'éligibilité au télétravail et de l'autorisation accordée à l'agent.

Selon la CGFP, le vote du 13 octobre marque une étape décisive, mais certainement pas la fin du dossier. L'enjeu sera désormais de veiller à une application cohérente et équitable des nouvelles dispositions. La CGFP restera particulièrement vigilante à la manière dont le nouveau cadre légal sera mis en œuvre au sein des différentes administrations et des établissements publics et continuera à défendre les intérêts de tous les agents publics.

ml





Künstliche Intelligenz ist im öffentlichen Dienst Luxemburgs längst Realität geworden. Chatbots beantworten Bürgeranfragen, staatliche Mitarbeiter erhalten KI-gestützte Assistenzsysteme und in zahlreichen Bereichen entstehen Anwendungen, die Dokumente ordnen, Daten analysieren oder Recherchen erleichtern. Wo setzen die Verwaltungen KI heute konkret ein? Welche Projekte befinden sich in der Vorbereitung, und welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf die Berufsprofile der öffentlich Bediensteten? Eine Bestandsaufnahme.

Die künstliche Intelligenz ist in den luxemburgischen Verwaltungen fest etabliert. Die Schwelle vom Experiment zur praktischen Arbeitsunterstützung ist längst überschritten. Dabei verändert KI zunehmend Arbeitsabläufe und somit den Berufsalltag der Staatsbediensteten.

Mit dem verstärkten Einsatz von KI im Staatsdienst und den damit verbundenen Risiken wächst zugleich der Bedarf an klaren Richtlinien. Im April 2026 legten das Ministerium für Digitalisierung und das „Centre des technologies de l'information de l'État“ (CTIE) Leitlinien für den verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz in der Zentralverwaltung vor. Diese geben den Bediensteten sowie den Regierungsverantwortlichen praktische Orientierung im Umgang mit KI.

Hierbei liegt der Fokus insbesondere darauf, die Qualität der KI-generierten Ergebnisse sicherzustellen sowie Verzerrungen, inhaltliche Fehler und eine unsachgemäße Nutzung im beruflichen Kontext zu minimieren. Gleichzeitig werden der Datenschutz und die Vermeidung von Risiken im Zusammenhang mit der Vertraulichkeit von Informationen ausdrücklich erwähnt. Eine bedeutende Rolle spielt die Transparenz bezüglich der angewandten Methoden und der Grenzen von KI-Systemen, die mittels eines Algorithmenregisters gewährleistet werden soll. Auch die Wahrung der Grundrechte im Zusammenhang mit Analyse-, Bewertungs-, Lern- und Entscheidungsprozessen wird ausdrücklich hervorgehoben.

Besonders deutlich wird die konkrete Nutzung von KI im öffentlichen Dienst auf Guichet.lu, der Plattform, über die der Staat mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Seit dem 6. Juli dieses Jahres steht dort ein KI-gestützter

Chatbot zur Verfügung. Dieses Tool lotst die Nutzer durch die 2.000 auf Guichet.lu angebotenen Behördengänge. Kommuniziert werden kann in Deutsch, Französisch, Englisch sowie zahlreichen weiteren europäischen Sprachen. Der Chatbot versteht auch auf Luxemburgisch gestellte Fragen, antwortet jedoch vorerst auf Französisch.

Der Grund liegt darin, dass das „Large Language Model“ von Mistral – die zugrundeliegende Plattform des Chatbots – die luxemburgische Sprache noch nicht ausreichend beherrscht, wie das Ministerium für Digitalisierung gegenüber „fonction publique“ bestätigte. Gemeinsam mit dem „Zenter fir d'Lëtzebuerger Sprooch“ wird daher daran gearbeitet, die Luxemburgischkenntnisse dieses Modells zu verbessern, damit Bürgerinnen und Bürger künftig auch in ihrer Landessprache mit dem Chatbot von guichet.lu interagieren können.

Mehr Zeit für komplexe Bürgeranliegen

Für seine Antworten greift der Chatbot ausschließlich auf Informationen zurück, die auf Guichet.lu veröffentlicht sind. Auf persönliche Nutzerdaten hat er keinen Zugriff. Ebenso kann das Tool keine Auskünfte zu laufenden Anträgen, Erklärungen oder Dossiers bei den Verwaltungen geben.

Seit seinem Start Anfang Juli erfreut sich der Chatbot großer Beliebtheit. Nach Angaben des Ministeriums hat er bereits rund 18.000 Antworten geliefert (Anm. d. Red.: Stand Anfang Oktober 2026). Wesentliche Rückmeldungen blieben beim „Centre des technologies de l'information de l'État“ bislang aus.

Der Nutzen für diesen Bürgerservice liegt auf der Hand: Der Chatbot kann

wiederkehrende Standardfragen rund um die Uhr beantworten und entlastet damit die Staatsbediensteten von Routineanfragen. Dadurch steht ihnen mehr Zeit für komplexere Anliegen zur Verfügung, die Fachwissen, Erfahrung und persönliche Beratung erfordern.

dem CTIE und dem „Commissariat du Gouvernement à la souveraineté des données“ erarbeitete KI-Charta. Demnach sind Staatsbedienstete ausdrücklich verpflichtet, sämtliche von KI erstellten Inhalte vorab auf ihre inhaltliche Richtigkeit zu überprüfen. Setzt ein öffent-



Mit zunehmender Bedeutung des Chatbots als erster Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger stellt sich jedoch die drängende Frage: Was geschieht, wenn das System falsche Informationen liefert? Personen, die sich an eine Behörde wenden, erwarten zu Recht, korrekte und verlässliche Auskünfte. Gerade hier liegt eine Schwachstelle solcher Systeme: Auch fehlerhafte Antworten können schlüssig und überzeugend erscheinen. In diesem Kontext rückt die Frage der Verantwortung in den Mittelpunkt: Wer haftet, wenn KI über ein staatliches Portal eine unzutreffende Auskunft erteilt? Das Ministerium für Digitalisierung verweist in diesem Zusammenhang auf die gemeinsam mit

lich Bediensteter KI ein, ohne dabei die geltenden Leitlinien zu beachten, entbindet ihn dies nicht von der Verantwortung für die erzielten Ergebnisse und die daraus folgenden Entscheidungen, stellt die Ministerin für Digitalisierung, Stéphanie Obertin, auf Anfrage von „fonction publique“ klar. Offen bleibt jedoch, wie die Verantwortung in jenen Fällen geregelt ist, in denen der Chatbot im direkten Bürgerkontakt vollständig autonom agiert und keine Staatsbediensteten die Antworten prüfen.

Auch innerhalb der Verwaltung soll KI den Arbeitsalltag der Staatsbediensteten erleichtern. Zum Einsatz kommt beispielsweise „Le Chat“, ein KI-Assistent des französischen KI-Unternehmens Mistral AI.





Premierminister Luc Frieden kündigte in seiner Rede zur Lage der Nation im Mai dieses Jahres an, dass zunächst die Ministerien Zugang zu dem KI-Assistenten erhalten sollen, bevor die Nutzung auf sämtliche Verwaltungen ausgeweitet wird. Dabei spielt die Datensouveränität

bereits verwenden. Wann „Le Chat“ intern freigeschaltet wird, entscheidet jede Verwaltung eigenständig, teilt das zuständige Ministerium mit. Dem Zugang können etwa Schulungen oder Sensibilisierungsmaßnahmen vorausgehen. Welche Ministerien und Verwaltungen

Mitarbeitern wird dabei ermöglicht, auch sensible Informationen unter Einhaltung aller Sicherheitsvorkehrungen zu verarbeiten.

Der Einsatz künstlicher Intelligenz ist insbesondere dort sensibel, wo Gesetzestexte betroffen sind. Für Legilux sind entsprechende Anwendungen in Vorbereitung. Premierminister Frieden kündigte im Mai KI-Lösungen auf Basis von Legilux an, die das Lesen, das Verstehen und sogar die Ausarbeitung von Gesetzestexten erleichtern sollen.

Der Fahrplan nimmt Konturen an: Dem Ministerium für Digitalisierung zufolge könnte eine erste Version des auf Legilux basierenden KI-Systems noch vor Jahresende erstmals für die breite Öffentlichkeit freigeschaltet werden.

Die Mitwirkung von KI an der Formulierung von Gesetzestexten ist jedoch mit besonderen Anforderungen verbunden. Der genaue Wortlaut bestimmt, welche Rechte, Pflichten und Handlungsspielräume entstehen. Mitunter kann bereits ein einzelnes Wort die Tragweite einer Bestimmung signifikant verändern.

Aus Sicht der CGFP muss daher eine klare Grenze gezogen werden. KI kann als unterstützendes Werkzeug dienen, darf den Menschen jedoch weder als fachliche Instanz noch als Verantwortungsträger ersetzen. Vor dem praktischen Einsatz müssen daher alle notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um menschliche Kontrolle und Verantwortung jederzeit sicherzustellen.

Passgenaue Arbeitsvermittlung

Ein weiteres Anwendungsfeld für KI zeichnet sich bei der Arbeitsagentur ADEM ab. Bereits 2025 hatte die Regierung angekündigt, künstliche Intelligenz zu nutzen, um die Kompetenzen der Arbeitssuchenden besser zu erfassen und den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt genauer zu analysieren.

Ende 2025 wurde „AI4Skills“ gestartet. Ziel der Initiative ist es, mithilfe von KI und Arbeitsmarktdaten ein umfassendes Datenökosystem zu Kompetenzen zu entwickeln, um u.a. den Bedarf sowie poten-

zielle Engpässe auf dem Arbeitsmarkt besser zu identifizieren. Das Programm wird unter der Federführung des Arbeitsministeriums in Kooperation mit mehreren externen Partnern, darunter Mistral AI, durchgeführt.

Parallel dazu treibt die ADEM ihre digitale Neuausrichtung voran. Dazu gehört eine neue Beschäftigungsplattform, die offene Stellen und die Profile von Arbeitssuchenden stärker miteinander verknüpfen soll. Ziel ist es, den Bewerbern Angebote vorzuschlagen, die tatsächlich zu ihren Kompetenzen passen, und den Unternehmen die Suche nach geeigneten Kandidaten zu erleichtern. Auf diese Weise sollen u.a. gezielte Weiterbildungen ermöglicht, Fachkräfteengpässe frühzeitiger erkannt und die Arbeitslosigkeit wirksamer bekämpft werden. Die Inbetriebnahme der Plattform ist für 2028 vorgesehen.

Nach Ansicht der CGFP darf der technologische Fortschritt jedoch nicht zu Benachteiligungen führen. Ein KI-gestütztes „Matching“ kann Wege aufzeigen, darf Arbeitssuchende aber nicht durch algorithmische Bewertungen ins Abseits drängen.

Öffentliche Sicherheit: KI-Kompetenz im Aufbau

Die Frage des KI-Einsatzes im Bereich der öffentlichen Sicherheit ist noch einmal anders gelagert. Bei der Police grand-ducale wurde im April dieses Jahres eine A1-Stelle für einen „expert en Intelligence Artificielle“ ausgeschrieben. Daraus lässt sich schließen, dass die großherzogliche Polizei eine eigene Fachkompetenz im Bereich der KI aufbauen möchte.

Bei der Auswertung großer Datenbestände kann KI neue Möglichkeiten eröffnen, indem sie Informationen schneller analysiert und Zusammenhänge oder Auffälligkeiten sichtbar macht. Welche konkreten Anwendungsfelder die Luxemburger Polizei vorsieht und welche Rolle KI künftig bei der Prävention und Kriminalitätsbekämpfung spielen soll, bleibt abzuwarten.

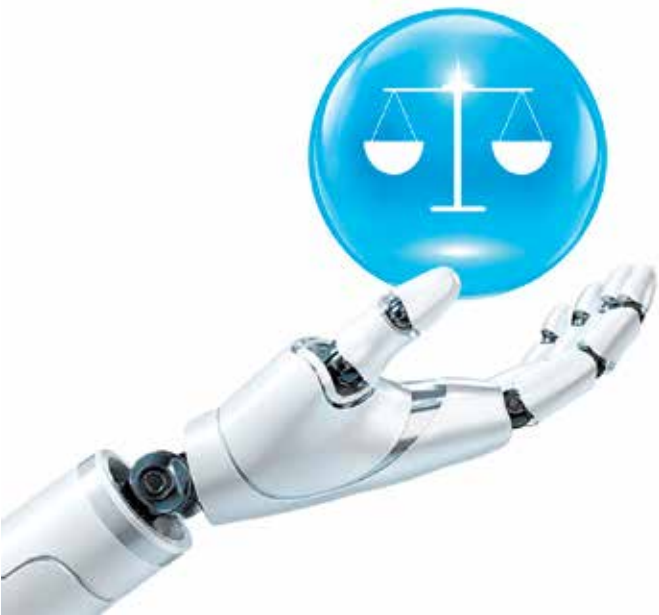
Auch im Verteidigungsbereich werden KI-Projekte intensiv vorangetrieben. Zu den von der „Direction de la défense“ für eine Kofinanzierung ausgewählten Forschungs- und Entwicklungsprojekten zählen „DRONE-SENSE“, das mithilfe künstlicher Intelligenz Drohnen sowie Störungen der Satellitenkommunikation in Echtzeit erkennen, lokalisieren und abwehren soll, und „NORA 3D“, das eine KI-gestützte dreidimensionale Kartierung komplexer Umgebungen entwickelt, um militärischen Einsatzkräften und autonomen Robotern die Navigation und Entscheidungsfindung zu erleichtern.

Gerade im Bereich der öffentlichen Sicherheit wird es darauf ankommen, die technologischen Möglichkeiten in einem klar definierten Rahmen zu nutzen, um den Schutz personenbezogener Daten sicherzustellen. Für die CGFP steht dabei ein Grundprinzip außer Frage: KI-Systeme können Daten analysieren und Hinweise liefern, Entscheidungen, die Eingriffe gegenüber einzelnen Personen nach sich ziehen, müssen jedoch in menschlicher Verantwortung bleiben.

Ein Labor für den digitalen Staat

Neben den bereits angekündigten oder laufenden Anwendungen wird an zahlreichen weiteren digitalen Lösungen für den öffentlichen Dienst gearbeitet. Einen Einblick in diese Entwicklung bietet die Initiative Tech-in-GOV des Digitalisierungsministeriums. Seit 2024 bündelt diese die früheren Projektaufrufe AI4Gov, Data4Gov und NIF4Gov. Ministerien, Verwaltungen, Gemeinden und andere Einrichtungen des öffentlichen Dienstes können auf diesem Weg innovative Projekte u.a. in den Bereichen künstliche Intelligenz, Daten und Interoperabilität

Fortsetzung siehe Seite 9



eine wesentliche Rolle. „Le Chat“ ist in der IT-Infrastruktur des „Centre des technologies de l’information de l’État“ eingebunden. Die Interaktionen der Bediensteten mit dem Chatbot verlassen nicht die staatliche IT-Infrastruktur.

Die Einführung von „Le Chat“ ist inzwischen weit fortgeschritten. Seit Januar 2026 hat das CTIE die einzelnen Ministerien und Verwaltungen schrittweise an seine souveräne Mistral-Plattform angeschlossen. Ende September war dieser Prozess – abgesehen von wenigen Ausnahmen – abgeschlossen, bestätigte das Ministerium für Digitalisierung gegenüber „fonction publique“.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle Staatsbediensteten den KI-Assistenten

den KI-Assistenten besonders intensiv nutzen, lässt sich derzeit nicht beziffern, da dem Ministerium für Digitalisierung entsprechende Nutzungsstatistiken nicht vorliegen.

„Le Chat“ kann für Recherchen mithilfe bestehender Dokumente und ohne die Nutzung von Internetquellen genutzt werden, die zur Vorbereitung von Akten oder Vermerken erforderlich sind. Ebenso eignet sich der KI-Assistent zur Anfertigung von Übersetzungen im Rahmen des internationalen Austauschs. Darüber hinaus unterstützt er die öffentlich Bediensteten bei wiederkehrenden und zeitaufwendigen Aufgaben wie dem Überprüfen von Listen, dem Sortieren von Post oder der Klassifizierung von Dokumenten. Den





Loscht Member bei der CMCM ze ginn?
Méi Info op www.cmcm.lu

MIR SINN DO. FIR JIDDEREEN.

[f cmcm_luxembourg](https://www.facebook.com/cmcm_luxembourg) [@cmcm_lu](https://www.instagram.com/@cmcm_lu) [▶ CMCM Luxembourg](https://www.youtube.com/CMCM_Luxembourg) [✕ cmcm_lu](https://www.x.com/cmcm_lu)

Entdeck déi nei
my.CMCM App



Fortsetzung von Seite 7

einreichen. Seit 2026 umfasst das Programm auch das Internet der Dinge, also die Vernetzung von Geräten und Sensoren.

Dabei müssen die Antragsteller noch keine fertige technische Lösung vorweisen. Erste Projektideen können eingereicht und im Rahmen der Innovationspartnerschaft weiterentwickelt werden. Ausgewählte Vorhaben erhalten finanzielle Unterstützung durch das Ministerium für Digitalisierung und werden von einem multidisziplinären Expertenteam begleitet. Tech-in-GOV dient somit ausdrücklich als Experimentierraum, um neue technologische Lösungen zu erproben. Veralterte Lösungen können dabei gegebenenfalls aufgegeben, zukunftssträchtige Technologien hingegen breiter eingesetzt werden.

KI schaut bei Bewerbungen mit

Welche Rolle KI dabei spielen kann – und wo ihre Grenzen liegen – zeigt ein Projekt des „Centre de gestion du personnel et de l'organisation de l'État“ (CGPO). Dort wurde getestet, ob sich Bewerbungsunterlagen mithilfe von KI analysieren lassen. Das System fand jedoch keinen Einzug in den Verwaltungsalltag. Laut Ministerium für Digitalisierung überzeugten die Ergebnisse nicht, weshalb zurzeit keine KI für diesen Zweck eingesetzt wird.

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass nicht jede KI-Anwendung den Sprung in den Verwaltungsalltag schafft. Insbesondere bei Bewerbungen, die den weiteren beruflichen Werdegang entscheidend beeinflussen, müssen Verlässlichkeit und Qualität höchste Priorität genießen.

Unabhängig davon treibt das CGPO die Digitalisierung voran. Wie Direktor Marc Blau in einem Interview erläuterte, führen derzeit zahlreiche Verwaltungen das System SAP Time Management ein. Diese Anwendung ermöglicht u.a. eine präzisere Erfassung von Fehlzeiten. Mit dem Tool MyRH-GPO können die Personalabteilungen der Ministerien und Verwaltungen außerdem Feedbackgespräche digital dokumentieren. Gleichzeitig ist eine Modernisierung der Rekrutierungsplattform govjobs.lu geplant. Künftig soll dort ein Chatbot die Bewerber bei der Suche nach geeigneten Stellenangeboten unterstützen.

Ein Projekt des Innenministeriums verfolgt einen anderen Ansatz: Dort wurde mithilfe einer sogenannten „Outlier Detection“ ein automatisiertes Monitoring der Finanzdaten des kommunalen Sektors eingeführt. Das System dient dazu, auffällige bzw. abweichende Daten zu identifizieren. Angaben zum aktuellen Stand des Projekts oder zum konkreten Einsatz des Tools lassen sich der veröffentlichten Projektbeschreibung nicht entnehmen.

Festzuhalten ist, dass ein statistischer Ausreißer zunächst lediglich eine Auffälligkeit darstellt, nicht jedoch einen Fehler oder gar ein Fehlverhalten belegt. Entscheidend wird deshalb sein, wie derartige Treffer anschließend fachlich bewertet und weiterverarbeitet werden.

KI als Recherchehilfe für Richter

Auch im Arbeitsalltag der Justiz findet künstliche Intelligenz Anwendung. Im Projekt „Aide à la rédaction de jugements“ ist eine KI-Komponente entwickelt worden, die Richter beim Verfassen juristischer Dokumente unterstützen soll. Das System analysiert den Kontext des jeweils erstellten Textes in Echtzeit und schlägt automatisch relevante Gesetzestexte sowie Gerichtsentscheidungen vor. Dadurch wurde vor allem der Zeitaufwand für juristische Recherchen reduziert und zugleich die Genauigkeit sowie die Qualität der verwendeten Referenzen verbessert.



Diese unterstützende Funktion ist jedoch nie völlig neutral. Die Auswahl der Gesetzestexte und Urteile, die von der KI als relevant eingestuft und vorgeschlagen werden, kann die juristische Argumentation beeinflussen.

Ob die Rechtsprechung bzw. einzelne Gesetzestexte im Einzelfall tatsächlich geeignet seien, entscheide letztlich stets der Richter selbst, betont das Ministerium für Digitalisierung. Die Verantwortung für die Urteilsfindung liege uneingeschränkt beim Magistraten, der sich dieser Pflicht auch bei der Nutzung von KI nicht entziehen könne.

Auch der „Service central de législation“ (SCL) befasst sich mit dem Einsatz von KI. Ein Projekt sieht vor, Dokumente anhand ihres Inhalts automatisch zu kategorisieren und zu klassifizieren. Auf dieser Grundlage soll ein Chatbot mit dem Wissensgraphen der Gesetzgebung verbunden werden. Dieser bündelt rechtliche Informationen und stellt ihre Zusammenhänge strukturiert dar.

KI-Verarbeitung alter Katasterregister

Ein weiteres Beispiel ist das Projekt „UrbIA“ der „Administration du cadastre et de la topographie“ (ACT), bei dem KI eingesetzt wird, um historische Bestände zu erschließen. Die Katasterverwaltung erfasst seit 200 Jahren systematisch Daten. Dazu gehören Katasterpläne, Skizzen sowie Tabellen, in denen die Entwicklung der Eigentumsrechte dokumentiert wird. Von 1824 bis 1972 wurden die entsprechenden Angaben handschriftlich in Registern festgehalten. Im Rahmen des Projekts „UrbIA“ werden zunächst verschiedene Interpretationsansätze ausgewählter Register einer Gemeinde miteinander verglichen. Ziel ist es, die am besten geeignete Methode zu bestimmen und anschließend innerhalb der ACT anzuwenden. Insgesamt handelt es sich um rund eine Million Seiten alter Katasterbücher, die mithilfe von KI digitalisiert und deren handschriftliche Einträge ausgewertet werden.

Auch die luxemburgische Sprache steht im Mittelpunkt eines Tech-in-Gov-Projekts. Das „Zenter fir d'Lëtzebuurger Sprooch“ (ZLS) erstellt mit dem „Lëtzebuergesch“ einen mehrsprachigen Parallelkorpus, also eine Sammlung von Texten in mehreren Sprachen, die einander gegenübergestellt werden können. Luxemburgisch bildet dabei die Ausgangssprache.

Die Textsammlung fördert die Weiterentwicklung maschineller Übersetzungen, das Training von KI-Sprachmodellen sowie die Forschung auf den Gebieten der Computerlinguistik und weiterer technologischer Anwendungen. Dadurch wurde eine hochwertige Datengrundlage für die Entwicklung neuer sprachbasierter Technologien zur Verarbeitung der luxemburgischen Sprache geschaffen.

Die hier angeführten Beispiele stellen nur einen Ausschnitt jener Projekte und Initiativen dar, in denen KI im öffentlichen Dienst eine Rolle spielt. Eine ausführliche Darstellung aller Vorhaben würde den Rahmen sprengen. Die geschilderten Anwendungen verdeutlichen jedoch die Vielfalt an Einsatzmöglichkeiten von KI im öffentlichen Dienst.

Damit aus technologischen Möglichkeiten praxistaugliche Lösungen werden, bedarf es jedoch mehr als leistungsfähiger Systeme. Entscheidend ist, die Einbeziehung der Staatsbediensteten. Werden neue KI-Anwendungen ohne deren Mitwirkung eingeführt, kann dies zu Akzeptanzproblemen führen. Zugleich besteht die Gefahr, dass die Anwendungen an den tatsächlichen Bedürfnissen des Verwaltungsalltags vorbeigehen.

Die Beschäftigten kennen die Arbeitsabläufe, die Besonderheiten ihrer jeweiligen Verwaltung sowie die Stellen, an denen technisch überzeugende Lösungen in der Praxis an ihre Grenzen stoßen können. Dieses Wissen muss in die Entwicklung und Einführung von KI-Systemen einfließen. Digitalisierung gelingt nur, wenn sie gemeinsam mit den Beschäftigten und unter frühzeitiger Einbeziehung der CGFP, der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, gestaltet wird.

Die Ministerin für Digitalisierung, Stéphanie Obertin, bezeichnet die Einbindung der verschiedenen „Stakeholder“ als „einen kontinuierlichen Prozess“. Gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren wolle man zum passenden Moment den Dialog suchen.

Entlastung statt Einsparungen

Mit der steigenden Anzahl von KI-Anwendungen rückt zwangsläufig eine entscheidende Frage in den Vordergrund: Welche langfristigen Auswirkungen hat der zunehmende Einsatz von KI auf die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst? Aus Sicht der CGFP darf eine höhere Produktivität nicht als Vorwand für Perso-

nalabbau dienen. Produktivitätsgewinne durch KI dürfen nicht zu einem Stellenabbau führen.

„KI soll den Staatsbediensteten als Instrument dienen, um sie von zeitaufwendigen und sich wiederholenden Tätigkeiten zu entlasten“, betonte die Ministerin für Digitalisierung gegenüber „fonction publique“. Dadurch verbleibe ihnen mehr Zeit für andere Aufgaben. Ein Abbau von Stellen sei durch den Einsatz von KI nicht vorgesehen. Für die CGFP besteht jedoch Klärungsbedarf, inwiefern auch freigewordene Stellen wieder neu besetzt werden.

Verantwortung lässt sich nicht automatisieren

Der israelische Historiker Yuval Noah Harari betonte in einem kürzlich in der britischen Wochenzeitung „The Economist“ erschienenen Interview, dass die Machtübernahme durch künstliche Intelligenz nicht – wie oft vermutet – einer Rebellion der Maschinen gleichen werde, sondern vielmehr einer freiwilligen Aufgabe menschlicher Entscheidungsbefugnis.

Diese Warnung trifft einen entscheidenden Punkt. Die eigentliche Gefahr beginnt nicht erst dann, wenn ein System einen Fehler begeht. Sie entsteht vielmehr, wenn eine für den Einzelnen bedeutsame Entscheidung nicht nachvollziehbar ist oder nicht wirksam angefochten werden kann – und gleichzeitig niemand mehr persönlich dafür Verantwortung übernimmt.

Gerade im öffentlichen Dienst darf es daher niemals heißen: „Das hat der Algorithmus entschieden“ – nicht zuletzt, weil dem Staat beim verantwortungsvollen Umgang mit KI eine Vorbildfunktion zukommt.

Hinter jeder KI-Komponente stehen Menschen, die sie auswählen, mit Daten versorgen, deren Einsatzregeln festlegen und über die Verwendung der Ergebnisse entscheiden. Diese Verantwortung darf weder verschleiert noch auf eine technische Anwendung abgeschoben werden.

Für jede KI-gestützte Verwaltungsentscheidung müssen daher klare Grundsätze gelten: Es bedarf eines eindeutig benannten menschlichen Verantwortlichen, einer verständlichen Begründung sowie einer Möglichkeit, die Entscheidung zu überprüfen und gegebenenfalls anzufechten.

Max Lemmer





Das öffentlich-rechtliche Statut

Eine Bastion gegen Einflussnahme und Willkür

Die wallonische Regierung in Belgien vollzieht einen radikalen Schritt: Bei Neueinstellungen in den regionalen Verwaltungen sollen künftig keine Beamten mehr eingestellt werden. Auch andernorts in Europa verschwimmen die Grenzen zwischen Beamten und Vertragsbeschäftigten zunehmend. Für die CGFP steht fest: Luxemburg darf diesen Weg nicht einschlagen. Das öffentlich-rechtliche Statut ist zum Schutz von Staat und Bürgern unumgänglich.

Das öffentlich-rechtliche Statut gerät vielerorts zunehmend unter Druck. Was über Jahrzehnte hinweg eine tragende Säule des öffentlichen Dienstes bildete, wird in mehreren europäischen Ländern fälschlicherweise als zu starr, zu unflexibel und nicht mehr zeitgemäß angesehen. Der Anteil der Vertragsbediensteten nimmt zu, traditionelle Laufbahnsysteme werden infrage gestellt, und privatrechtliche Beschäftigungsformen gewinnen im öffentlichen Dienst zunehmend an Bedeutung.

Wie weit eine derart fragwürdige Entwicklung führen kann, verdeutlicht gegenwärtig die Wallonie. Dort hat die regionale Regierung die Weichen für einen grundlegenden Systemwechsel gestellt. Im Mai dieses Jahres verabschiedete sie in erster Lesung einen Verordnungsentwurf (projet d'arrêté), der die Einstellung von Beamten und den Vorrang des Beamtenstatuts in sämtlichen wallonischen Verwaltungsbehörden abschaffen soll.

Mit anderen Worten: Das Beamtenstatut soll bei Neueinstellungen der Vergangenheit angehören. Künftig erfolgen die

Rekrutierungen auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags, wobei unbefristete Verträge die Regel und befristete Verträge die Ausnahme darstellen. Bereits Anfang 2025 hatte die wallonische Regierung die Richtlinie vorgegeben: Die Möglichkeit für Vertragsbedienstete, später in das Beamtenstatut zu wechseln, wurde gestrichen.

„Wir entscheiden uns für eine modernere und gerechtere Verwaltung, in der Kompetenzen, Engagement und Leistung Vorrang vor dem rechtlichen Verhältnis haben“, betonte Jacqueline Galant, wallonische Ministerin des öffentlichen Dienstes.

Modern und gerecht: Das suggeriert auf den ersten Blick weniger Bürokratie, schnellere Entscheidungsprozesse und attraktivere Arbeitsplätze, ferner eine Verwaltung, die mit den Entwicklungen der Zeit Schritt hält. Doch hinter dieser wohlklingenden Formulierung verbirgt sich eine Reform, die an den Grundrissen des öffentlichen Dienstes rüttelt. Die Wallonie nimmt schrittweise Abschied vom klassischen Beamtenstatut.

Bereits verbeamtete Personen behalten zwar ihre erworbenen Rechte; niemand wird gezwungen, einen neuen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen. Der Wandel vollzieht sich daher diskret. Mit jeder Pensionierung reduziert sich die Zahl der Beamten, während mit jeder Neueinstellung die Anzahl der Vertragsbeschäftigten steigt. Nach Angaben der wallonischen Regierung sind im regionalen öffentlichen Dienst aktuell noch 58 % Beamte (statutaires) und 42 % Vertragsbedienstete beschäftigt.

Gegenläufige Entwicklungen

Der eingeschlagene Kurs in der Wallonie stellt leider keinen Einzelfall dar. Auch Frankreich, dessen öffentlicher Dienst traditionell stark vom Beamtentum geprägt ist, verzeichnet seit Jahren einen zunehmenden Anteil von Beschäftigten auf Vertragsbasis. Laut der „Direction générale de l'administration et de la fonction publique“ (DGAFP) waren Ende 2024 bereits 24 % aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst Vertragsbedienstete. Ihre Zahl stieg innerhalb eines Jahres um 2,7 %, während jene der Beamten weitgehend stabil blieb.

Ein differenziertes Bild ergibt sich in Deutschland. Dort gehören Beamte und Tarifbeschäftigte seit Jahrzehnten gleichermaßen zum öffentlichen Dienst, ohne dass das Berufsbeamtentum grundsätzlich infrage gestellt wird. Sein besonderer Stellenwert ist im Grundgesetz fest verankert. So heißt es in Artikel 33 Absatz 5 der Verfassung: „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln.“

Diese verfassungsrechtliche Verankerung verhindert jedoch nicht, dass einzelne Aspekte des Beamtenstatuts Gegenstand politischer Debatten sind. Der Vorstoß von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas, die Beamten künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzu beziehen, stößt beim dbb beamtenbund und tarifunion auf entschiedenen Widerstand. Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer bezeichnete diese Überlegungen als „Angriff auf das Berufsbeamtentum.“

In den Niederlanden wurde zum 1. Januar 2020 die Rechtsstellung eines Großteils der Beschäftigten im öffentli-

chen Dienst weitgehend an das private Arbeitsrecht angeglichen. Seitdem unterliegen die Mehrheit der niederländischen Beamten grundsätzlich dem privaten Arbeits- und Kündigungsrecht. Ausnahmen gelten u.a. für Beschäftigte von Polizei und Verteidigung sowie für Richter und Staatsanwälte.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die besondere Stellung des öffentlichen Dienstes zunehmend unter Druck gerät. Das Ausmaß, in dem die einzelnen Staaten diesen Weg beschreiten, variiert. Eine Abkehr von bewährten Grundprinzipien wird jedoch nicht dadurch legitimiert, dass mehrere Länder einen vergleichbaren Kurs verfolgen. Im Gegenteil: Verliert das öffentlich-rechtliche Statut an Bedeutung, gerät auch das Grundprinzip besonderer Regelungen und Absicherungen für staatliches Handeln zunehmend ins Wanken.

Umso bemerkenswerter ist es, dass Luxemburg kürzlich einen Schritt in die entgegengesetzte Richtung vollzogen hat. Im Rahmen des von der CGFP ausgehandelten jüngsten Gehälterabkommens wurden die Voraussetzungen für die Verbeamtung vereinfacht: Staatsangestellte können unter bestimmten Bedingungen bereits nach zehn statt bislang 15 Dienstjahren in die Beamtenlaufbahn wechseln. Indem Staatsangestellten diese Perspektive früher eröffnet wird, gewinnt das bestehende Modell an Attraktivität, ohne seine grundlegenden Prinzipien aufzugeben.

Unabhängigkeit statt Privileg

In der öffentlichen Diskussion wird das Beamtenstatut häufig auf einen Aspekt reduziert: die Jobsicherheit. Beamte, so das verbreitete Bild, sind praktisch unkündbar, durchlaufen eine fest geregelte Laufbahn und können am Ende ihres Berufslebens auf eine abgesicherte Pension zählen. Schnell entsteht somit der Eindruck, es handele sich um ein Privileg aus einer anderen Zeit, an dem der öffentliche Dienst allen Reformbestrebungen zum Trotz eisern festhalte.

Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz. Das öffentlich-rechtliche Statut ist weit mehr als eine Absicherung der Beschäftigten: Es bildet die Grundlage für einen unabhängigen und funktionsfähigen öffentlichen Dienst. Im „Programme d'action“ der CGFP wird dieser Anspruch



unmissverständlich formuliert: „L'indépendance des fonctionnaires et employés publics, leur intégrité professionnelle, leur objectivité ainsi que leur indépendance politique, leur neutralité idéologique et philosophique doivent être garanties en tant que facteurs de la stabilité, de la continuité et de l'efficacité du service public.“

Unabhängigkeit, Integrität, Objektivität und Neutralität: Diese vier Grundsätze sind entscheidend für das reibungslose Funktionieren des öffentlichen Dienstes. Entsprechend eindeutig fällt auch die Schlussfolgerung im „Programme d'action“ der CGFP aus: „Un régime juridique statutaire est partant la base indispensable de la fonction publique.“

Natürlich muss auch der Staat anpassungsfähig bleiben, neue Prioritäten setzen und seine Strukturen an veränderte Realitäten anpassen. Anders als ein Unternehmen handelt die öffentliche Verwaltung jedoch nicht primär nach wirtschaftlichen Interessen. Sie ist an Recht und Gesetz, an die Gleichbehandlung und an das Gemeinwohl gebunden. Zudem übt der öffentliche Dienst in zahlreichen Bereichen hoheitliche Befugnisse aus. Gerade deshalb müssen jene, die im Namen des Staates handeln und entscheiden, in besonderem Maße vor äußerer Einflussnahme geschützt sein und ihre Aufgaben unabhängig wahrnehmen können.

Nehmen wir einen Staatsbediensteten einer Aufsichtsbehörde, der über eine wichtige Genehmigung entscheiden muss. Ein mächtiges Unternehmen, für das viel auf dem Spiel steht, drängt auf grünes Licht – möglicherweise wird dabei zusätzlicher politischer Druck ausgeübt. Die Prüfung des Antrags ergibt jedoch, dass die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Der Staatsbedienstete muss seine Entscheidung folglich allein auf Grundlage der geltenden Regeln treffen können – unabhängig davon, wer auf der anderen Seite steht und welche Interessen im Spiel sind. Die mit dem öffentlich-rechtlichen Statut verbundene Arbeitsplatzsicherheit ist deshalb kein persönliches Privileg. Vielmehr schafft sie die Voraussetzung dafür, unabhängig entscheiden zu können, ohne berufliche Nachteile befürchten zu müssen.

Kein Freifahrtschein

Dem Bürger ist es in vielen Bereichen nicht möglich, sich dem Staat einfach zu entziehen. Wer mit seinem Mobilfunkanbieter unzufrieden ist, hat Alternativen. Wer jedoch mit der Steuerverwaltung hadert, kann keine andere Behörde wählen. Wer eine Entscheidung der Polizei ablehnt, kann nicht zur Konkurrenz gehen. Und wer vor Gericht verliert, kann nicht kurzerhand ein anderes Justizsystem in Anspruch nehmen, wohlwissend, dass es bei allen staatlichen Beschlüssen Rekursmöglichkeiten gibt.

Umso wichtiger ist es, dass diejenigen, die diese Befugnisse täglich ausüben, nach klaren Regeln handeln und vor sachfremder Einflussnahme geschützt sind. Das öffentlich-rechtliche Statut bietet somit nicht nur den Beschäftigten Schutz, sondern stärkt zugleich die Unabhängigkeit und Integrität staatlichen Handelns.

Wie wichtig diese Absicherung ist, zeigt sich besonders dann, wenn politische Mehrheiten wechseln und neue Prioritäten gesetzt werden. Ein gut aufgestellter Staatsdienst muss einer demokratisch gewählten Regierung loyal dienen und zugleich unabhängig von den parteipolitischen Interessen der jeweiligen Koalition bleiben. Das öffentlich-rechtliche Statut schafft die Voraussetzungen für diesen Balanceakt. Doch dieser besondere Schutz ist keine Einbahnstraße.

Wer dem öffentlich-rechtlichen Statut unterliegt, übernimmt im Gegenzug besondere Pflichten. Dieser Aspekt wird in der Debatte über vermeintliche Privilegien häufig übersehen. Das öffentlich-rechtliche Statut ist kein Freifahrtschein, sondern



ein Gefüge aus Rechten und Pflichten. Von den Staatsbediensteten werden Loyalität gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, Neutralität sowie Integrität erwartet. Zugleich unterliegen sie speziellen disziplinarrechtlichen Regelungen.

CGFP

erreicht Kurskorrektur

Dass die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Statuts für die CGFP keine theoretische Grundsatzdebatte darstellt, zeigen mehrere jüngere Auseinandersetzungen um neue öffentliche Einrichtungen. Im Dezember vergangenen Jahres legte die Regierung Pläne zur Schaffung neuer „établissements publics“ im Gesundheitsbereich vor. Die CGFP sah darin die Gefahr, dass staatliche Kernaufgaben zunehmend in eigenständige Strukturen ausgelagert werden, deren Personal nicht mehr dem öffentlich-rechtlichen Statut unterliegt.

Die Reaktion fiel entsprechend deutlich aus. Die CGFP kündigte an, sich „mit aller Entschlossenheit“ gegen Versuche zu wehren, staatliche Kernaufgaben zu privatisieren.

Ende 2025 verschärfte die CGFP den Druck und leitete ein Schlichtungsverfahren gegen die Regierung ein. Gegenstand des Konflikts war die geplante „Luxemburger Agentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte“ (ALMPS). Für die Berufsorganisation der Staatsbediensteten gilt dabei unverändert: Eine öffentliche Einrichtung, die zentrale staatliche Aufgaben erfüllt, darf nicht dazu dienen, ihrem Personal das öffentlich-rechtliche Statut zu verweigern. Zudem warnte die CGFP vor einer schleichenden Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, durch die das öffentlich-rechtliche Statut Stück für Stück ausgehöhlt werde.

Im März dieses Jahres folgte der Durchbruch. Die Regierung erklärte sich bereit,

den Gesetzentwurf zur Schaffung der ALMPS grundlegend zu überarbeiten. Für die Belegschaft der künftigen Agentur soll nun grundsätzlich das öffentlich-rechtliche Statut gelten, wobei Abweichungen auf begründete Ausnahmefälle beschränkt bleiben sollen.

Auch bei den geplanten „établissements publics“ in anderen Bereichen konnte die CGFP wesentliche Forderungen durchsetzen. Bei der „Luxembourg Space Agency“ (LSA), die von einer Stiftung in eine öffentliche Einrichtung umgewandelt wird, erreichte die CGFP nach Gesprächen mit Wirtschaftsminister Lex Delles die Zusage, dass dort ebenfalls das öffentlich-rechtliche Statut die Regel sein wird. Privatrechtliche Beschäftigungsverhältnisse sollen nur in streng begrenzten Ausnahmefällen zulässig sein.

Schließlich lenkte die Regierung auch in der Sportpolitik ein. Die geplante öffentliche Einrichtung „Initiative pour la promotion de l'emploi dans le secteur du sport“ (IPESS) soll Sportvereine unterstützen, die noch nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um Trainer in eigener Regie einzustellen. Nach Gesprächen mit Sportministerin Martine Hansen wurde vereinbart, dass das fest angestellte Personal der IPESS dem öffentlich-rechtlichen Statut unterliegen wird. Lediglich die vorübergehend bei der IPESS beschäftigten Trainer, die später von den Vereinen übernommen werden, sollen auf privatrechtlicher Basis eingestellt werden.

Kein Systemwechsel

ALMPS, LSA und IPESS und weitere öffentliche Einrichtungen stehen exemplarisch für eine Grundsatzfrage: Welchen Stellenwert soll das öffentlich-rechtliche Statut bei der Schaffung neuer staatlicher Strukturen haben? Die Antwort der CGFP ist eindeutig: Wer öffentliche Aufgaben

übernimmt, soll grundsätzlich auch dem öffentlich-rechtlichen Statut unterliegen. Diese Position möchte die CGFP auch im geplanten Rahmengesetz für öffentliche Einrichtungen verankert sehen.

Dies gilt auch für Stellenausschreibungen, bei denen im Vorfeld nicht festgelegt wird, ob die betreffende Stelle mit einem Staatsbeamten oder -angestellten besetzt werden soll. Eine solche Vorgehensweise darf keineswegs dazu führen, dass das Beamtentum bei Neueinstellungen auf diesem Weg schleichend zurückgedrängt wird.

Ein einheitliches europäisches Konzept für die Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes existiert nicht, da die Verwaltungsstrukturen und politischen Rahmenbedingungen zu unterschiedlich sind. Vor diesem Hintergrund muss Luxemburg seinen eigenen Weg finden. Die CGFP ist bereit, die Weiterentwicklung des Staatsdienstes konstruktiv mitzugestalten und gemeinsam nach Wegen zu suchen, ihn noch effizienter und leistungsfähiger zu machen. Modernisierung und öffentlich-rechtliches Statut stellen dabei keineswegs Gegensätze dar.

Eine klare Grenze zieht die CGFP jedoch dort, wo Modernisierung mit einer Abkehr vom öffentlich-rechtlichen Statut gleichgesetzt wird. Die Erfahrungen aus dem Ausland bieten keine Grundlage, diesen bewährten Pfeiler des luxemburgischen Staatsdienstes aufzugeben. Modernisierung darf nicht als Vorwand für einen Systemwechsel dienen. Das öffentlich-rechtliche Statut muss weiterhin das Fundament eines modernen und leistungsfähigen Staatsdienstes bilden. Eine Aufhebung dieser „Schutzmauer“ wäre ein gravierender Fehler mit weitreichenden Folgen, die über die Arbeitsbedingungen der Staatsbediensteten hinausgehen würden.

Max Lemmer





„Comité économique et social européen“ bricht eine Lanze für den öffentlichen Dienstleistungssektor

Investitionen statt Sparzwang

Wie kann der öffentliche Dienstleistungssektor in Europa für die neuen Herausforderungen gewappnet werden? Dieser Frage widmet sich eine kürzlich verabschiedete Stellungnahme des „Comité économique et social européen“ (CESE). Zahlreiche Positionen des Gremiums decken sich mit jenen der CGFP, deren Nationalpräsident Romain Wolff die luxemburgische Berufskammer der öffentlich Bediensteten in diesem beratenden Organ vertritt.

Das „Comité économique et social européen“ (CESE) schlägt Alarm: Aktuelle Entwicklungen stellen die öffentlichen Dienste vor schwere Belastungsproben. Als echte Brandbeschleuniger wirken dabei unter anderem hybride Bedrohungen, extreme Wetterereignisse infolge des Klimawandels sowie Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Darüber hinaus stellen der demografische und digitale Wandel weitere Herausforderungen dar.

Vor diesem Hintergrund hat das CESE in seiner Plenarsitzung vom 23. September eine Initiativstellungnahme zur „Anpassung des öffentlichen Dienstleistungssektors in der EU an die neuen Herausforderungen“ verabschiedet. Der sperrige Titel mag technisch klingen, doch der Inhalt ist es keineswegs. Im Mittelpunkt steht eine Grundsatzfrage: Welchen öffentlichen Dienst benötigt Europa, um langfristig handlungsfähig zu bleiben?

Nach Auffassung des CESE sind hochwertige, zugängliche und erschwingliche öffentliche Dienstleistungen „ein Eckpfeiler demokratischer Gesellschaften, des sozialen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Entwicklung“. Sie sollten daher als

„strategische Investition“ im Dienst des Gemeinwohls anerkannt werden. Der Begriff „Investition“ ist dabei bewusst gewählt: Er widerspricht der Sichtweise, öffentliche Dienste vor allem als Kostenfaktor zu betrachten.

Das CESE tritt dafür ein, öffentliche Dienstleistungen „angemessen und nachhaltig“ zu finanzieren. Gleichzeitig lehnt es eine Sparpolitik ab, die Behörden daran hindert, ihren öffentlichen Auftrag angemessen zu erfüllen. Künftige EU-Finanzierungsprogramme sollten gezielte Investitionen in die Kapazitäten des öffentlichen Dienstes, die digitale Interoperabilität sowie die Vorsorge fördern.

Gute Vorsorge hat ihren Preis. Für das CESE steht jedoch außer Frage, dass es deutlich kostengünstiger ist, frühzeitig auf Krisen vorbereitet zu sein und die öffentlichen Dienstleistungen kontinuierlich aufrechtzuerhalten, als später unter hohem Druck die teuren Folgen unvorhergesehener Ereignisse zu bewältigen.

Das CESE weist darauf hin, dass ein leistungsfähiger öffentlicher Sektor nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Wirtschaft und den Unternehmen zu-

gutekommt. Ohne eine angemessene öffentliche Infrastruktur – von der Sicherheit und Energieversorgung bis hin zur administrativen Unterstützung durch die Verwaltungen – sei wirtschaftliches Handeln nur schwer möglich. Zudem spielen öffentliche Dienstleistungen bei der Anwendung und Durchsetzung geltender Gesetze eine wichtige Rolle.

Diese Sichtweise stimmt mit der Position der CGFP überein. Wer an staatlichen Stellen spart, schwächt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Wirtschaftsstandorts.

Auch das CESE spricht sich für eine effiziente Ressourcennutzung und zusätzliche Investitionen in öffentliche Dienstleistungen aus. Zur Finanzierung soll eine faire und gerechte Besteuerung beitragen. Dabei gelte es, Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen. Voraussetzungen hierfür seien Steuerverwaltungen, die über ausreichende Mittel verfügen und umfassend zusammenarbeiten.

Kooperation ja, Kontrollverlust nein

Bei der Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen verfolgt das CESE einen klaren Kurs. Eine Zusammenarbeit mit privaten Anbietern wird nicht grundsätzlich abgelehnt. Sie dürfe jedoch die öffentlichen Dienste weder aushöhlen noch ihrer Substanz berauben.

Für die CGFP ist diese Problematik keineswegs neu. Sie hat zuletzt wiederholt vor einer schleichenden Privatisierung in Luxemburg gewarnt. Besonders deutlich wurde dies bei neuen öffentlichen Einrichtungen, die zwar staatliche Aufgaben wahrnehmen, deren Beschäftigte jedoch weitgehend privatrechtlichen Regelungen unterstellt werden sollten. Die unterschiedlichen Positionen mündeten in einem Schlichtungsverfahren mit der Regierung. Im Mai erzielte die CGFP einen wichtigen Durchbruch. Bei mehreren Vorhaben konnte sie die Regierung zu Änderungen bewegen, mit denen eine „Privatisierung durch die Hintertür“ abgewendet wurde (siehe dazu auch Seiten 9 bis 11).

Fachkräfte dringend gesucht

Die Einbindung privater Anbieter dürfe nicht dazu führen darf, dass Behörden von externen Dienstleistern abhängig werden, warnt der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss. Die öffentliche Hand müsse stets die „Entscheidungshoheit und Verantwortung“ behalten.

Bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor sei sicherzustellen, dass die Auftragnehmer dieselben Anforderungen erfüllen wie öffentliche Einrichtungen. Zudem müsse ein „gleichberechtigter und universeller“ Zugang zu erschwinglichen Dienstleistungen gewährleistet sein. Die öffentliche Hand müsse einschreiten, sobald die Qualität der erbrachten Leistungen nachlasse.

In zahlreichen europäischen Verwaltungen klaffen derzeit erhebliche Personallücken. Der öffentliche Dienst steht im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um kompetente und fachkundige Bewerber. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss spricht dieses Problem offen an. Lange Zeit gehörten stabile Beschäftigungsbedingungen zu den Vorteilen des öffentlichen Dienstes, heißt es. Diese seien im Laufe der Zeit jedoch vielerorts in den Hintergrund geraten, wodurch das Interesse an einer Laufbahn im öffentlichen Dienst nachgelassen habe.

In Luxemburg weist die CGFP seit Jahren darauf hin, dass der Staat in mehreren Bereichen im Wettbewerb um Nachwuchs und Fachkräfte nicht ins Hintertreffen geraten darf. Bereits im Jahr 2022 warnte sie davor, dass selbst aufwendige Rekrutierungskampagnen wenig Erfolg versprechen, wenn die Rahmenbedingungen des Staatsdienstes mit denen anderer Berufszweige nicht mithalten können.

Seit Jahren setzt sich die CGFP daher für faire Arbeitsbedingungen, echte Aufstiegschancen, eine ausgewogene „Work-Life-Balance“ sowie eine angemessene



Vergütung ein. Nur wenn dieses Gesamtpaket stimmt, kann der öffentliche Dienst langfristig als attraktiver Arbeitgeber bestehen. Im April dieses Jahres brachte die CGFP dieses Anliegen auf europäischer Ebene bei einer hochrangigen Zusammenkunft im EU-Parlament zur Sprache.

Die Attraktivität lässt sich jedoch nicht allein an Gehalt und Arbeitsbedingungen bemessen. Auch der Wunsch nach einer gesellschaftlich sinnvollen Berufstätigkeit gewinnt bei den Beschäftigten zunehmend an Bedeutung. Das CESE plädiert dafür, den Staatsdienst stärker als „interessanten und sinnvollen Karriereweg“ darzustellen. Gerade für junge Menschen könne dies den öffentlichen Dienst attraktiver machen und zugleich die Bindung an ihre Arbeitsstätte im öffentlichen Sektor stärken.

Für eine nachhaltige Personalpolitik

Ob diese Loyalität anhält, steht auf einem anderen Blatt. Das CESE zählt psychosoziale Hürden wie Dauerstress, Personalengpässe und Burn-out zu den ernstzunehmenden Problemen im öffentlichen Dienst. Folglich müsse gewährleistet werden, dass Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz den zeitgemäßen Anforderungen entsprechen. Auch dem Schutz vor Übergriffen durch Dritte müsse Priorität eingeräumt werden, unterstreicht das CESE. Gleichzeitig gelte es, die Beschäftigten zu schulen, um sie im Umgang mit potenziellen Bedrohungssituationen zu stärken. „Wer kompetente Mitarbeiter binden will, muss ihnen attraktive Bedingungen und die notwendige Wertschätzung bieten. Ein starker öffentlicher Dienst beginnt daher stets mit einer nachhaltigen Personalpolitik“, betont CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff.

Kaum eine Verwaltung kommt heute noch ohne digitale Verfahren aus. Mit der Einführung künstlicher Intelligenz zeichnet sich bereits die nächste tiefgreifende Veränderung ab. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sieht darin große Chancen. Digitalisierung und KI könnten öffentliche Dienste effizienter gestalten und leichter zugänglich machen. Voraussetzung dafür seien jedoch menschliche Aufsicht, Transparenz und Datenschutz. Gerade beim Einsatz von KI müsse die Kontrolle beim Menschen verbleiben.

In diesem Punkt liegt das CESE auf einer Linie mit der CGFP, die wiederholt betont, dass künstliche Intelligenz zwar wertvolle Unterstützung leisten könne, die endgültige Entscheidung jedoch weiterhin beim Menschen liegen müsse. Die CGFP geht sogar noch einen Schritt weiter: Sie setzt sich seit Langem für klare gesetzliche Regelungen beim Ein-

satz von KI ein. Der digitale Wandel darf jedoch nicht dazu führen, dass der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen erschwert wird. Wer keinen Zugang zum Netz hat, digital überfordert ist oder bei komplexen Verfahren Hilfe braucht, darf nicht ausgeschlossen werden.

Ein inklusiver Zugang allein reicht jedoch nicht aus. Damit digitale öffentliche Dienste einen echten Mehrwert bieten, müssen sie unkompliziert konzipiert sein. Das CESE fordert benutzerfreundliche und intuitive Lösungen. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollten zudem nicht wiederholt dieselben Dokumente bei unterschiedlichen Behörden einreichen müssen. Daten sollten, wo dies erforderlich und rechtlich zulässig ist, wiederverwendet werden, ohne dabei den Schutz der persönlichen Daten der Nutzer aus den Augen zu verlieren. Das Recht auf Privatsphäre und Transparenz bleibt eine wichtige Voraussetzung.

Ein besonderes Augenmerk legt das „Comité économique et social européen“ auf die digitale Souveränität Europas. Angesichts zunehmender Risiken im Bereich der Cybersicherheit und geopolitischer Spannungen sollte die EU auf eine unabhängige Infrastruktur in öffentlichem Eigentum setzen. Bei digitalen Lösungen sollten die EU-Staaten stärker zusammenarbeiten. Zudem müsse die Software für Datenverwaltung und Bürgerkommunikation nahtlos ineinandergreifen, um einen reibungslosen Informationsaustausch zu sichern.

Die Modernisierung beschränkt sich jedoch nicht lediglich auf die entsprechende Software, sondern wirkt sich auch auf den Arbeitsalltag im öffentlichen Dienst aus. Damit rückt die Frage in den Vordergrund, wer diesen Wandel mitgestalten soll. Für das CESE führt dabei kein Weg am Sozialdialog vorbei: Reformen, Digitalisierung, Finanzierung und Personalpolitik sollten nicht ohne die Sozialpartner im öffentlichen Dienst gestaltet werden.

Echter Sozialdialog statt Alibi-Politik

Dass eine solche Einbindung in der Praxis keineswegs garantiert ist, zeigen die Erfahrungen der CGFP aus den vergangenen Jahren. Wann immer versucht wurde, die CGFP als national repräsentative Gewerkschaft bei entscheidenden Fragen des öffentlichen Dienstes zu übergehen, hat sie sich erfolgreich zur Wehr gesetzt. Sozialdialog bedeutet weit mehr, als bereits getroffene Beschlüsse nachträglich abzunicken. Er lebt davon, die Erfahrungen der Beschäftigten einzubeziehen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Reformen über die Köpfe der Beschäftigten hinweg sind der falsche Weg.



Ein gut funktionierender Sozialdialog ist auch bei Gehälterverhandlungen ausschlaggebend. Das häufig praktizierte Aussetzen von Lohnerhöhungen könne in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu „Spannungen und Ängsten“ bei den Betroffenen führen, mahnt das CESE. Solche Probleme ließen sich im Rahmen eines konstruktiven Sozialdialogs angehen.

Teufelskreis aus Sparpolitik und Frust

Das CESE stellt zudem einen Zusammenhang zwischen der Qualität öffentlicher Dienstleistungen, dem Vertrauen in staatliche Institutionen und der Demokratie her. In einigen Mitgliedsstaaten lasse sich ein besorgniserregender Teufelskreis beobachten: Politisch beschlossene Kürzungen bei Finanzierung und Investitionen in öffentliche Dienstleistungen hätten dort Unzufriedenheit ausgelöst und das Vertrauen der Bürger geschwächt. Nimmt das Vertrauen ab, sinke wiederum die Bereitschaft der Bürger und Unternehmen, die Kosten für den Verwaltungsapparat und seine Dienstleistungen zu tragen. Dies führe zu weiteren Ausgabenkürzungen und verschärfe die Lage zusätzlich.

Mängel bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen könnten bestehende Ungleichheiten verstärken und radikalen Positionen Auftrieb geben. Die möglichen Konsequenzen seien eine tiefe Spaltung der Gesellschaft, eine zunehmende Ausgrenzung und letztlich eine Schwächung der Demokratie. Öffentliche Dienste dürften zudem nicht als Gegenspieler bürgerlicher Freiheiten dargestellt werden, warnt das CESE. Ein derartiges Bild könne langfristig dem Ansehen des Staates schaden und das Einhalten geltender Regeln gefährden.

Nach Einschätzung des CESE beeinträchtigen Ineffizienz, Korruption, Betrug und andere Unregelmäßigkeiten in mehreren Ländern die grundlegenden Prinzipien einer gut funktionierenden öffentlichen Verwaltung. Wo Integrität, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Bürgerorientierung untergraben werden, leide letztlich auch das Vertrauen in den öffentlichen Dienst. In diesem Sinne begrüßt das Gremium die EU-Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung und fordert deren zügige Umsetzung.

Das CESE begnügt sich nicht mit der Analyse bestehender Probleme, sondern fordert ein konkretes Handeln auf europäischer Ebene. So soll die EU-Kommission in Absprache mit den Sozialpartnern und den Organisationen der Zivilgesellschaft einen umfassenden Aktionsplan für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ausarbeiten, der zur Umsetzung der Europäischen Säule beiträgt.

Die jüngst verabschiedete Stellungnahme des „Comité économique et social européen“ ist kein Plädoyer für Stillstand, sondern zeigt vielmehr Wege auf, wie sich die öffentlichen Dienste auf neue Herausforderungen einstellen können. Dabei darf Modernisierung nicht mit einer Schwächung öffentlicher Dienste einhergehen.

Europas öffentliche Dienste stehen vor einer gemeinsamen Aufgabe: Sie müssen sich auf neue Herausforderungen einstellen, ohne jene Eigenschaften zu verlieren, die sie auszeichnen – Verlässlichkeit, Neutralität, Kontinuität und Orientierung am Gemeinwohl. Die gesellschaftlichen Kosten, die entstehen, wenn der Staat an Handlungsunfähigkeit einbüßt, werden oft erst sichtbar, wenn es längst zu spät ist.

Max Lemmer

„Comité économique et social européen“

Die Stimme der Zivilgesellschaft auf EU-Ebene

Das „Comité économique et social“ (CESE) mit Sitz in Brüssel wurde 1957 durch die Römischen Verträge gegründet. Die beratende Einrichtung der Europäischen Union setzt sich aus Vertretern von Arbeitnehmern, Arbeitgebern sowie weiteren Interessengruppen (Verbraucher, Landwirte...) zusammen und bildet somit ein Bindeglied zwischen den Entscheidungsorganen der EU und ihren Bürgern.

Seine Aufgabe besteht insbesondere darin, das Europäische Parlament, den Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission durch Stellungnahmen zu europäischen Gesetzesvorhaben und grundlegenden politischen Fragen zu beraten und dabei die Erfahrungen seiner Mitglieder einzubringen. In bestimmten vertraglich vorgesehenen Bereichen ist eine Anhörung des CESE im europäischen Gesetzgebungsverfahren vorgeschrieben. Darüber hinaus kann das beratende Organ aus eigener Initiative Stellungnahmen zu Themen erarbeiten, die es für politisch relevant erachtet.

Das CESE trägt somit dazu bei, dass die EU-Politik und die EU-Rechtsvorschriften den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Rechnung tragen. Eine weitere Priorität ist die Förderung einer partizipativen EU, indem der organisierten Zivilgesellschaft eine Stimme auf EU-Ebene verliehen wird. Von besonderer Bedeutung ist zudem die Förderung der Werte der europäischen Integration.



Dem „Comité économique et social européen“ gehören 329 Vertreter aus den 27 EU-Mitgliedstaaten an. Sie werden auf Vorschlag der nationalen Regierungen vom Rat der Europäischen Union jeweils für fünf Jahre ernannt. Eine Wiederernennung ist möglich. Ausschlaggebend für die Anzahl der Mitglieder, die ein Land im CESE stellt, ist dessen Einwohnerzahl. Luxemburg stehen sechs Vertreter zu, darunter seit 2020 CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff, der sein Mandat als Vertreter der luxemburgischen Berufskammer aller öffentlich Bediensteten wahrnimmt.

CGFP Assurances

CGFP Assurances feiert 15-jähriges Bestehen

Im Dienst der Gewerkschaftsmitglieder

Die CGFP, eine angesehene und respektierte Gewerkschaft, die von 70 Fachverbänden getragen wird, setzt sich wirksam für die allgemeinen sozialen Interessen aller luxemburgischen Staatsbediensteten ein. Dabei stehen insbesondere deren statutarischen Rechte, Arbeitsbedingungen und Entlohnung im Fokus. Die CGFP-Einzelmitglieder kommen zudem in verschiedenen Lebensbereichen in den Genuss von persönlichen Vorteilen, die ihnen CGFP-Services asbl, eine Schwesterorganisation der Gewerkschaft, bietet. Diese gemeinnützige Vereinigung wurde vor 40 Jahren auf Initiative der Gewerkschaftsverantwortlichen unter der Leitung des damaligen CGFP-Generalsekretärs Joseph Daleiden gegründet.

Zum Leistungsspektrum von CGFP-Services zählen günstige Spar- und Kreditmöglichkeiten in Kooperation mit BHW, eine kostenfreie Steuerberatung bei CGFP-Fiscalité sowie der Zugang zur eigenen Reiseagentur Lux Voyages. Des Weiteren ermöglicht CGFP-Services aufgrund staatlicher Konventionen die Nutzung einer Kantine im Regierungsviertel sowie den Zugang zu Kinderkrippen. Im Folgenden stellt „fonction publique“ die im Versicherungsbereich von der Agentur CGFP Assurances angebotenen Dienstleistungen ausführlicher vor. Die Agentur wurde vor knapp 15 Jahren von CGFP-Services zusammen mit der Versicherungsgesellschaft Baloise gegründet und hat ihren Sitz in Luxemburg-Kirchberg, 18, rue Erasme, neben den Räumlichkeiten der CGFP-Steuerberatung und in unmittelbarer Nähe zur Niederlassung der BHW-Bausparkasse in Luxemburg.

Seit Jahrzehnten werden den CGFP-Mitgliedern günstige Bedingungen für Versicherungspolice angeboten, sowohl durch Gruppenversicherungen als auch durch Vorzugstarife bei Einzelverträgen. Lange Zeit erfolgte dies vor allem in Zusammenarbeit mit einem belgischen Partner aus dem öffentlichen Sektor, mit dem CGFP-Services die Assurances Mutuelles d'Europe-Versicherungen (AME-Lux und AME-Lux Life) gegründet hatte.



Paul Zimmer (links), scheidender Verwaltungsratspräsident, und Direktor Daniel Kuhn blicken auf knapp 15 Jahre CGFP Assurances zurück.

Die Bankenkrise von 2008 setzte jedoch diesem fruchtbaren Zusammenwirken ein Ende. Paul Zimmer, seit über 14 Jahren Präsident des Verwaltungsrats von CGFP Assurances, erinnert sich: „Unser belgischer Partner, SMAP-Ethias, war ein Hauptaktionär der Dexia-Gruppe, dem damaligen Mutterhaus der Luxemburger Bank BIL, und geriet dadurch in den Strudel des belgischen Bankendebakels. Brüsseler Behörden ordneten damals den Rückzug der Versicherungsgruppe aus Luxemburg an, was zum Verkauf von AME führte. CGFP-Services hatte jedoch kein Vertrauen in die angesagten Käufer und schaffte es, die CGFP-Versicherten mit der Unterstüt-

zung des Versicherungskommissariats in einer komplexen Transaktion zur soliden Baloise-Gruppe zu überführen.“

Damals wurde vor allem auch die Agentur CGFP Assurances gegründet. Ihr geschultes und amtlich zertifiziertes Personal berät und betreut seither ausschließlich CGFP-Mitglieder und deren unmittelbare Familienangehörige, während die Verwaltung der Schadensfälle von der Versicherungsgesellschaft selbst vorgenommen wird. Zuvor wurden die CGFP-Mitglieder von Mitarbeitern der AME-Versicherung betreut. „Doch wir wollten damals“, so der Verwaltungsratspräsident, „dass künftig, wo CGFP-Tarife

gelten auch CGFP als Marke erkennbar ist.“

„CGFP Assurances wurde 2012 gegründet, nicht um Gewinne zu erzielen, sondern um der Gewerkschaft zu helfen, die Mitgliedertreue zu sichern und auszubauen“, betont der nun ausscheidende Präsident Paul Zimmer. Ein wesentlicher Vorteil für die CGFP-Mitglieder liegt in der kompetenten Betreuung in luxemburgischer Sprache durch Mitarbeiter, die tagtäglich mit Beamten und Staatsangestellten in Kontakt stehen.

Direktor Daniel Kuhn hebt vor allem aber auch die um bis zu 20 % günstigeren





Tarife in den wichtigsten Versicherungsbereichen gegenüber den marktüblichen Baloise-Tarifen hervor. Zudem erhalten die Gewerkschaftsmitglieder gegen Jahresende von CGFP-Services eine Rückerstattung von 6 % auf ihre Feuer- und Auto-Prämien.

Die positive Geschäftsentwicklung zeugt von der Zufriedenheit der Kundschaft. Ende 2012 zählte die Agentur rund 1.800 Kunden, Ende September 2026 waren es bereits 7.700, während der verwaltete Bestand an Verträgen von 3.300 auf 14.500 anstieg. In den kommenden Jahren will die Agentur laut Direktor Daniel Kuhn weiter wachsen. Die Mitarbeiter werden sich nach wie vor darum bemühen, dass ihre Kunden und Gewerkschaftsmitglieder stets bestmöglich versichert sind und den CGFP-Vorteil für alle ihre Versicherungspolice nutzen können.

Die Belegschaft der Agentur wuchs von ursprünglich drei auf inzwischen sechs Mitarbeiter und wird demnächst auf sieben erhöht. In den vergangenen Monaten wurden die Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Agentur und Versicherungsgesellschaft neu verhandelt, um somit die langfristige Zusammenarbeit sicherzustellen. Auf Vorschlag von Direktor Daniel Kuhn beschloss der Verwaltungsrat eine Personalaufstockung, um infolge der stetig wachsenden Kundschaft weiterhin eine hochwertige Betreuung zu gewährleisten.

Die Palette der angebotenen Versicherungsprodukte ist breit gefächert. Im Bereich der Sachversicherungen („Non-Vie“) gibt es neben den üblichen Auto- und Feuerversicherungen vor allem auch Haftpflicht-, Unfall- und Reiseversicherungen. Im Bereich der Sterbe- und Lebensversicherungen werden über CGFP-Services Restschuldversicherungen für Konsumkredite sowie für Immobilienkredite – insbesondere

Kompetent, engagiert und dynamisch: Das Team von CGFP Assurances steht den CGFP-Mitgliedern mit persönlicher Beratung und maßgeschneiderten Versicherungslösungen zur Seite.

in Verbindung mit Bauspardarlehen des CGFP-Partners BHW – angeboten. Darüber hinaus können steuerbegünstigte Zusatzversicherungen gemäß Artikel 111bis des Einkommensteuergesetzes im Hinblick auf die Altersvorsorge abgeschlossen werden.

Besonders hervorzuheben, ist die äußerst günstige CGFP-Kollektivversicherung in Sachen Berufs- und Privathaft-

pflcht (RC-CGFP), die derzeit bereits mehr als 6.000 Versicherte zählt. Insgesamt stehen drei Tarife zur Auswahl:

- Risiko A zu 12 € pro Versichertem (Berufshaftpflicht mit Rechtsschutz);
- Risiko B zu 39 € pro Haushalt (Berufshaftpflicht für den Versicherten + Privathaftpflicht für den gesamten Haushalt);
- Risiko C zu 65 € pro Haushalt (Berufs- und Privathaftpflicht + Rechtsschutz für

die Verteidigung bei vertraglichen und nicht vertraglichen Konflikten).

Für weitere, ausführlichere Informationen zu dieser Kollektivversicherung sowie zu den anderen Versicherungslösungen kontaktieren Sie am besten die Mitarbeiter von CGFP Assurances telefonisch unter der Nummer 27 04 28 01 oder per E-Mail (info@cgfp-assurances.lu).

fp



Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01



La sécurité sociale, bien plus qu'un coût

À la tête de l'association luxembourgeoise des organismes de la sécurité sociale (aloss) depuis 10 ans, Norbert Lindenlaub s'engage à faire connaître la culture de la sécurité sociale et à nourrir le débat sur les mutations présentes et futures. À l'occasion des 125 ans de la sécurité sociale, il revient sur les missions de l'association, les défis qui accompagnent les transformations de la société et rappelle la dimension profondément humaine de la protection sociale.

fonction publique (fp) : Monsieur Lindenlaub, vous présidez l'aloss. Pourriez-vous présenter brièvement l'association aux lecteurs ?

Norbert Lindenlaub (NL) : Fondée en 1967, l'aloss fédère aujourd'hui quinze institutions de la sécurité sociale. Sa mission consiste à promouvoir la connaissance et la compréhension du droit de la sécurité sociale au sens large.

Cela signifie que nous ne privilégions aucune branche de risque. L'assurance accident y occupe une place tout aussi centrale que les indemnités de maladie, les pensions, l'assurance dépendance ou les prestations familiales.

À cet égard, tout est consensuel. Les différents ressorts sont unis au sein de l'aloss et tous œuvrent pour la même cause fondamentale.

fp : Quelles sont les actions concrètes de l'aloss ?

NL : L'association entend promouvoir la connaissance du droit social par le biais de publications. Nous ne favorisons aucun thème en particulier et les sujets sont très divers.

Nous éditons le *Bulletin luxembourgeois des questions sociales*, créé dans les années 1970 sous une autre dénomination. C'est une formidable bibliothèque d'informations et de textes spécialisés. Récemment encore, nous avons publié les analyses de trois experts du Fonds national de solidarité.

Notre démarche va au-delà de la sécurité sociale au sens strict. Tout ce qui touche d'une manière ou d'une autre à une question sociale nous intéresse. Historiquement, cela a toujours fait partie de notre ligne éditoriale et nous accueillons avec plaisir toutes sortes de contributions.

Depuis 2022, nous menons également un partenariat avec le *Zentrum für politisch Bildung*, qui propose aux lycées des publications destinées à la jeunesse, encourage le débat participatif et l'éducation citoyenne. Dès notre première publication conjointe, j'ai tenu

à sensibiliser le public cible sur l'importance de se constituer tôt une carrière d'assurance en vue d'une pension future. À 17 ans, ces mécanismes paraissent souvent abstraits.

Parallèlement, nous organisons des événements. Nous avons par exemple accueilli la Conférence Saint-Yves, association centenaire de juristes, qui souhaitait mieux appréhender nos structures et sujets. Nous avons organisé une conférence réunissant des juristes et nos institutions, avec les points suivants à l'ordre du jour : aperçu sur le droit de la sécurité sociale, retour sur le contentieux en matière d'accident du travail et sur les jurisprudences actuelles. Les institutions membres portent en effet un intérêt sur la qualité des aspects juridiques.

Le réseautage est extrêmement important pour nous. Nous voulons rencontrer les différents acteurs du secteur et encourager nos membres à se rendre de temps en temps à l'étranger. Pour la *Zukunftskreiss* notamment, cette approche est primordiale ; confrontée aux enjeux majeurs de l'exportation des prestations et à la composition des familles, aujourd'hui très différente de ce qu'elle était autrefois. Elle a d'excellentes relations avec les institutions françaises et peut beaucoup s'appuyer sur ces liens.

fp : L'aloss est également active au niveau international. Pourriez-vous nous en dire plus ?

NL : L'aloss est représentée au sein de trois organisations internationales : l'Association internationale de la sécurité sociale (AISS), la European Social Insurance Platform (ESIP) et le European Institute of Social Security (EISS). La plus importante est l'AISS, fondée en 1927 dans le cadre du Bureau international du Travail. Elle regroupe environ 350 institutions membres dans le monde, représentant trois millions de professionnels et protégeant plus de trois milliards d'assurés. Ce chiffre impressionnant met toutefois en

Norbert Lindenlaub s'engage avec l'aloss pour une meilleure compréhension de la sécurité sociale.



lumière un défi : près de cinq milliards de personnes ne bénéficient toujours pas d'une protection sociale adéquate.

L'AISS organise tous les trois ans le *Forum mondial de la sécurité sociale*, le plus grand événement de ce type au niveau mondial. Environ 1 500 personnes venues du monde entier s'y réunissent pour discuter. En 2025, il a eu lieu à Kuala Lumpur en Malaisie, où nous avons envoyé cinq représentants.

Non seulement l'AISS nous aide dans différents domaines, mais nous l'aidons également. La présidente de la *Zukunftskreiss* dirige un groupe de travail. La

eu un certain succès auprès des acteurs du terrain.

fp : Pourriez-vous nous parler de votre rapport personnel à la sécurité sociale ?

NL : Ma carrière a débuté en 1992 au *Centre commun de la sécurité sociale*, dans un contexte géopolitique bouleversé par la guerre en Yougoslavie et avec des flux migratoires importants. Le *Centre commun* m'avait entre autres enseigné le principe de l'obligation d'assurance ainsi que le non jugement, valeurs fondamentales qui m'ont porté depuis 34 ans.

« Le conventionnement obligatoire fait pour moi partie de la richesse du Luxembourg. »

directrice de l'*Inspection générale de la sécurité sociale* a contribué aux travaux en matière de lignes directrices. Un directeur adjoint de l'ADEM était orateur dans un webinaire en relation avec une assurance chômage aux Caraïbes.

fp : Peut-on dire que l'aloss accompagne les évolutions de la société et soutient les institutions face aux défis qui y sont liés ?

NL : Les accompagner par une certaine pédagogie, oui.

En 2017, à l'occasion de notre 50^e anniversaire, nous avons organisé une table ronde dédiée aux nouvelles formes de travail, anticipant déjà le phénomène d'« ubérisation » des services.

À l'époque, plus de cent personnes étaient présentes dans la salle. Cela montre qu'il existe un certain intérêt. Ce que chacun en fait par la suite n'est plus entre nos mains.

L'aloss ne fait pas de politique et ne se substitue en rien aux institutions membres. Nous essayons simplement de maintenir un certain débat. Il nous est déjà arrivé d'être assez proches de l'actualité : la nouvelle mobilité des personnes, les nouvelles structures familiales, etc. L'Europe a été fondée pour garantir la mobilité et la libre circulation des services, des marchandises et des capitaux, mais surtout aussi des personnes. Cela crée des procédés complexes en matière de sécurité sociale.

Nous ne choisissons pas les sujets de l'actualité politique, mais les thèmes ont naturellement un lien avec la société.

En 2022 nous avons publié un mémoire sur les violences faites aux femmes, avec un regard sur le Luxembourg. Le texte a

J'ai consacré l'ensemble de ma carrière à la sécurité sociale. Elle est indispensable pour notre société, même s'il n'est pas toujours facile d'en faire comprendre toute sa portée.

Pendant quinze ans j'ai travaillé à titre bénévole dans le secteur social, au conseil d'administration du *Comité national de défense sociale* (qui gère notamment *Abrigado*, *Nei Aarbecht*, *Vollekskichen*, *Services de l'Entraide*, *CNDS Wunnen*). La protection d'humains a toujours été importante pour moi, d'une manière ou d'une autre.

fp : Selon vous, que pourrait-on améliorer dans notre assurance maladie, première branche de sécurité sociale introduite en 1901 ?

NL : Tout peut être salué ou critiqué. Chaque acteur a certainement son point de vue et ses propres priorités. Je pense notamment à une simplification accrue des procédures administratives. Je pourrais imaginer davantage de prestations. Mais je pourrais également imaginer certaines prestations qui pourraient être nuancées. C'est un sujet passionnant. On peut sûrement aussi se pencher sur la nomenclature et sur l'ensemble de ses processus.

Cependant, le conventionnement obligatoire fait pour moi partie de la richesse du Luxembourg. On a parfois tendance à l'oublier.

fp : Cette année marque le 125^e anniversaire de l'assurance maladie. Comment l'aloss va-t-elle célébrer cette date historique ?

NL : Nous marquerons cet anniversaire le 4 décembre prochain lors d'une table ronde exceptionnelle. Modérée par Annick Goerens (RTL), la rencontre réu-

« Nous ne choisissons pas les sujets de l'actualité politique, mais les thèmes ont naturellement un lien avec la société. »



« À trop se focaliser sur les coûts, on en oublie l'essentiel : l'humain. »



nira Martine Deprez, ministre de la Santé et de la Sécurité sociale, Michel Simonis, ancien directeur général de la Croix-Rouge luxembourgeoise, et Francis Delaporte, président de la Cour administrative. En amont nous retracerons également le parcours historique avec Denis Scuto.

Qu'y avait-il auparavant ? Quels sont les grands débats ? Quels sont les défis ? Qu'est-ce qui fonctionne bien ? Que faut-il améliorer ? Et la discussion pourra aussi être critique, si nécessaire. Nous ne dictons à personne ce qu'il doit dire ou ce qu'il n'a pas le droit de dire.

fp : Y a-t-il encore quelque chose que vous souhaiteriez ajouter ? Un message à nos lecteurs ?

NL : L'un de mes sujets de prédilection est la relation entre l'économie et la sécurité sociale. À trop se focaliser sur les coûts, on en oublie l'essentiel : l'humain.

Prenons les pensions : les pensionnés consomment et réinjectent leurs revenus, générant des recettes fiscales directes et indirectes pour l'État.

Leurs cotisations alimentent directement l'assurance maladie, sans laquelle il n'y aurait que peu d'hôpitaux. Sans l'assurance dépendance, le secteur des soins de longue durée ne se serait pas développé, avec aujourd'hui beaucoup de milliers d'emplois.

Même si la sécurité sociale n'a pas été instaurée en 1901 pour des raisons économiques, son impact reste fondamental. La vraie question n'est donc pas de savoir ce que nous coûte notre

modèle social, mais ce qu'il nous en coûterait de ne pas l'avoir.

Entretien réalisé par Béliza Mendes

Pour en savoir plus sur l'aloss et ses partenaires internationaux, vous pouvez consulter leurs sites internet respectifs :

Association luxembourgeoise des organismes de la sécurité sociale (aloss) - www.aloss.lu

Association internationale de la sécurité sociale (AISS) – www.issa.int

European Social Insurance Platform (ESIP) – www.esip.eu

European Institute of Social Security (EISS) – www.eiss.be

FONDATION
CGFP DE SECOURS

CGFP-SERVICES

Wie kann man Gutes tun?

- 1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
- 2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agréée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1 1 1 1 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

DIE STEUERREFORM 2028 (TEIL 1)

Die für 2028 vorgesehene Einführung einer einheitlichen Steuerklasse wird das luxemburgische Steuersystem grundlegend verändern. In dieser und den folgenden Ausgaben beleuchten wir die wichtigsten Aspekte der Steuerreform.

■ TEIL 1 – ERSTE UMRISSE

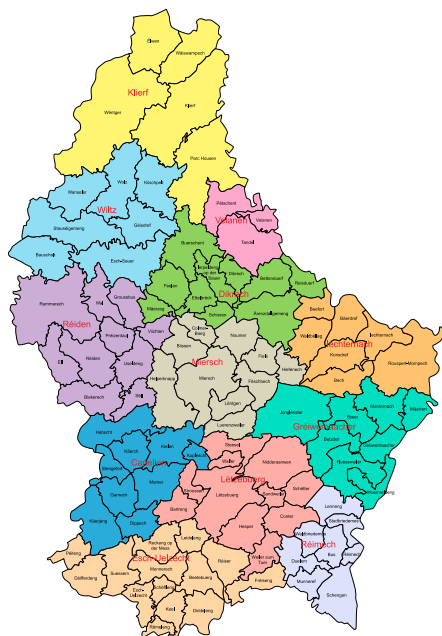
■ GROßE PRINZIPIEN DER STEUERREFORM

- Abschaffung der Steuerklassen
 - 1
 - 1A
 - 2
- Einheitlicher Tarif
 - „U“ (wie „unique“)
- Generalisierte Einzelbesteuerung
 - Abschaffung der Zusammenveranlagung der Eheleute
 - Abschaffung der optionalen Zusammenveranlagung von Partnern (PACS), somit auch vom öfteren Wechsel zwischen Individualbesteuerung und Zusammenveranlagung.

„U“

■ EINZELBESTEUERUNG UND TARIF « U » GELTEN:

- Für die ansässigen Steuerpflichtigen – contribuables résidents



- Für die in Luxemburg zu besteuern den nichtansässigen Steuerpflichtigen



■ STICHDATUM: 1. JANUAR 2028

- Alle nach dem Stichtatum vom 1. Januar 2028
 - Verheirateten Personen
 - Gepacsten Personen

unterliegen automatisch den neuen Bestimmungen:

- Obligatorische Einzelbesteuerung
- Obligatorische Steuerberechnung nach Tarif „U“

Direkte Folgen für die Steuerpflichtigen

1. TARIF



Die Steuer nach Tarif „U“ ist deutlich niedriger als die Steuer in der bisherigen Klasse 1

- Dies bedeutet eine bedeutende Steuererleichterung für alle bisher in Klasse 1 geführten Steuerpflichtigen
- Für alle verheirateten oder gepacsten Paare bringt die Reform ebenfalls eine Steuererleichterung, insofern beide Eheleute oder Partner mit ihrem Einkommen die oberen Stufen des Tarifs „U“ erreichen.

Nahezu unverändert bleibt jedoch die Steuerlast für die bisher in der Steuerklasse 1A eingestuftten Personen.



ACHTUNG!

- Ob und in welchem Umfang im Einzelfall eine Steuererleichterung für den Steuerpflichtigen entsteht, hängt nicht allein vom Tarif ab.
- Es gilt ebenfalls, die **Besteuerungsgrundlage** zu untersuchen.
- Das zu versteuernde Einkommen eines Ehegatten z.B. beträgt bei einer Einzelbesteuerung nicht automatisch die Hälfte des besteuerten Einkommens bei Zusammenveranlagung der Eheleute. Hier spielen die Steuerermäßigungen für **Kinder** (modérations d'impôt pour enfants) eine vorrangige Rolle.

Direkte Folgen für die Steuerpflichtigen

2. NACHZAHLUNGEN



- Da die Steuer individuell nach dem Tarif „U“ berechnet wird, wird das Steuervolumen des einen Ehepartners nun unabhängig vom Einkommen des anderen Ehepartners festgelegt, ganz gleich wie hoch dieses Einkommen ausfällt.

Bei der Besteuerung durch Veranlagung entsteht demnach keine Nachzahlung aufgrund der Löhne und Gehälter sowie der Pensionen beider Eheleute.

Direkte Folgen
für die Steuerpflichtigen

3. LOHNSTEUER



- Künftig wird es weder eine erste Steuerkarte für den Meistverdienenden der Eheleute noch eine zweite Steuerkarte mit dem festen Steuersatz von 15%, für den anderen Ehegatten geben.
Beide Steuerkarten werden in dem Tarif „U“ ausgestellt.
- **Ausnahme:** Dieselbe Person hat zeitgleich mehrere nicht selbständige Einkünfte von verschiedenen Arbeitgebern oder/und Pensionskassen.

In diesem Fall wird derselben Person eine erste Lohnsteuerkarte nach dem Tarif „U“ und weitere Lohnsteuerkarten mit einem festen Steuersatz ausgestellt.

Direkte Folgen
für die Steuerpflichtigen

4. VORAUS-
ZAHLUNGEN



- Wenn es also aufgrund der Gehälter beider Eheleute allein nicht mehr zu Nachzahlungen kommen wird, **fällt damit auch die Festsetzung von Vorauszahlungen weg.**
- Vorauszahlungen werden aber weiterhin erforderlich bleiben, sofern ein Teil des Gesamteinkommens aus positiven Einkünften stammt, die nicht einer Quellen- oder Lohnsteuer (retenue à la source) unterliegen.

TEIL 2
DIE ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN



Wer ist betroffen?

Alle, **vor** dem 1.1.2028...

- ... verheirateten Personen
- ... gepacsten Personen



Dabei spielt es keine Rolle, ob die gepacsten Personen vor 2028 einer Zusammenveranlagung auf Wunsch unterlagen oder nicht!

DIE ÜBERGANGSREGELUNG – PRINZIP UND DAUER

- Eine Zusammenveranlagung der Eheleute oder der gepacsten Partner bleibt weiterhin möglich.
- Wie lange?
Die maximale Dauer erstreckt sich von 2028 bis einschließlich 2052.

2028 - 2052

DIE ÜBERGANGSREGELUNG - INITIATIVE

- Eheleute, die vor 2028 gemeinsam veranlagt wurden, werden auch ab 2028 zusammen veranlagt, sofern sie sich nicht für die neue Einzelbesteuerung entscheiden.
- **Die Initiative hierzu liegt demnach beim Steuerpflichtigen;** es erfolgt keine Individualbesteuerung von Amts wegen!
- Gepacste Paare können nur auf deren ausdrücklichen Antrag zusammenveranlagt werden.

DIE ÜBERGANGSREGELUNG - WECHSEL

- Ein Wechsel von der Übergangsregelung zur Reformregelung, also zur Einzelbesteuerung, ist jederzeit möglich, muss jedoch angefragt werden.
- **Dabei gilt: Wer einmal in das System der Einzelbesteuerung übergewechselt ist, bleibt im neuen System.**

DIE ÜBERGANGSREGELUNG - TARIF „T“

- Bei der Übergangsregelung kommt ein spezieller Tarif, bezeichnet als „T“, für „transitoire“, zur Anwendung, d.h. eine **eigene Steuertabelle** welche in Artikel 118bis L.I.R. aufgestellt ist.
- Die bisherige Splitting-Regel der aktuellen Steuerklasse 2 ist abgeschafft.
- Änderungen im Tarif „U“ werden sich demnach nicht im Tarif „T“ widerspiegeln!

„T“

WAS GESCHIEHT MIT DEN BISHERIGEN ALTERNATIVEN ZUR ZUSAMMENVERANLAGUNG?

- Hierbei handelt es sich um die:
 - Einzelbesteuerung mit Umverteilung (imposition individuelle avec réallocation) nach Artikel 3ter (3) L.I.R.
 - Pure Einzelbesteuerung (imposition individuelle pure) nach Artikel 3ter (2) L.I.R.
- **Beide Alternativmöglichkeiten zur Zusammenveranlagung werden ab dem Steuerjahr 2028 abgeschafft!**

FORTSETZUNG IN DEN NÄCHSTEN FP-AUSGABEN



BHW Bausparkasse AG Luxemburg

Eigenheimfinanzierung durch Bausparen
mit Vorfinanzierung beim CGFP-Partner BHW

16, rue Érasme • L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info-lux@bhw.lu • www.bhw.lu



Assurances

Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch
eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

Unschlagbares Angebot	für: Wohnungsbau/-kauf Modernisierung Grundstückserwerb	mit: Sofortkredit CGFP-Vorzugsdarlehen Steuervorteilen
------------------------------	---	--

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP
Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name) _____

(Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(Plz. /Wohnort) _____

(Telefon) _____

(Dienstbezeichnung) _____

(Dienststelle) _____

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW WohnBausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW WohnBausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW WohnBausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW WohnBausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Mit dem passenden Licht gehen die Vorbereitungen fürs Dinner leichter von der Hand
Bild Nr. 6748, QUELLE: SIGNIFY GMBH

Gesundes Wohnen mit Lichtkonzepten

Licht kann nicht nur Atmosphäre in die Wohnräume bringen, es beeinflusst auch unser Wohlbefinden. Hausbesitzer sollen deshalb den Aufwand für ein Lichtkonzept nicht scheuen.

Durchschnittlich verbraucht ein Haushalt pro Jahr für Licht rund 400 Kilowattstunden (kWh) Strom. Dabei entfallen rund zehn Prozent auf Leuchtmittel. Strom und damit Licht ist zu einem Kostenfaktor im Haushaltsbudget geworden. Doch die Beleuchtung in der Wohnung und am Haus bleibt unverzichtbar. Ein planvoller Umgang mit den Leuchten an Decken, Wänden oder Treppen ist nicht nur sinnvoll, sondern schafft Wohlbefinden und Sicherheit.

Die innere Uhr

Licht ist lebenswichtig. Es beeinflusst die körpereigenen Hormone und stellt unsere innere Uhr ein. Profis messen die Lichtfarbe in Grad Kelvin. Werte um die 5.000 Grad Kelvin wirken kühl und bläulich, Werte um 3.000 Grad Kelvin entsprechen einem warmen, rötlichen Licht. Helles, bläuliches Licht regt die Serotonin-Ausschüttung an – man fühlt sich wach und aktiv. Es eignet sich gut

für Räume wie die Küche sowie im Flur oder für die Essplätze. Im Homeoffice steigert die Lichtfarbe die Konzentration. Bei zunehmender Dunkelheit und wärmerem Licht nimmt die Ausschüttung des Schlafhormons Melatonin zu. Es wird in Schlaf- und Wohnzimmern eingesetzt und hilft, sich in den Abendstunden zu entspannen.

Lichtplanung vom Profi

Haus- und Wohnungsbesitzer sollten sich gut überlegen, welches Licht sie für welchen Zweck brauchen. Je nach Raum sind eine Grundbeleuchtung sowie Hintergrund- und Akzentlichter aufeinander abzustimmen. „Um die richtige Beleuchtung für einen Raum zu finden, kann man einen Fachmann hinzuziehen“, erläutert Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. „Eine professionelle Lichtplanung kostet rund zehn Euro pro Quadratmeter.“ Mit intelligenten Leuchten kann man per App Lichtfarbe und Helligkeit steuern – angepasst an Tagesverlauf und Jahreszeit. Und wenn zum Beispiel aus einem Kinderzimmer ein Homeoffice werden soll, muss auch die Beleuchtung auf die neuen Anforderungen ausgerichtet werden.

Modulbau – preiswert, flexibel und umweltfreundlich

Einmal und dann richtig groß bauen – am besten für die Ewigkeit. Schon angesichts steigender Preise ist diese traditionelle Herangehensweise nicht mehr immer angesagt. „Eine neue, flexiblere Bauweise kann dazu beitragen, jungen Menschen einen früheren Einstieg ins Eigenheim zu ermöglichen“, sagt Krzysztof Pompa von der Bausparkasse BHW.

Wandelbare Hauskonzepte

Junge Familien finden im Fertigbau eine bewährte Alternative. Rund ein Viertel der neu gebauten Häuser kommt bereits aus der Fabrik. Einzelne Elemente werden in Teilen oder komplett montiert zur Baustelle gebracht. „Die Vorfertigung spart bis zu 20 Prozent der Baukosten im Vergleich zu einem Massivhaus“, so Pompa. Innerhalb weniger Wochen kann das Eigenheim bezogen werden. „Interessierte

sollten die Auftrags- und Leistungsbeschreibung von Fertigbaueinsteigern prüfen“, rät der Experte von BHW. Zum Beispiel ist es möglich, dass „schlüssel- oder bezugsfertig“ die komplette Inneneinrichtung umfasst oder doch nur Fenster, Bodenbeläge und technische Elemente.

Erweitern oder verkleinern

Modulhäuser bieten Familien eine Vielzahl an Varianten. Je nachdem, wie sich ihr Bedarf an Wohnraum entwickelt, können die Baustein-Immobilien erweitert oder wieder verkleinert werden. Die Familie verfügt über verschiedene Möglichkeiten, auf Veränderungen wie die Geburt eines Kindes oder den späteren Auszug der erwachsenen Kinder zu reagieren. Flexible Wandsysteme ermöglichen sowohl seitliche Anbauten als auch die Ergänzung eines zweiten Stockwerks.



Smartes Bauen: Rund ein Viertel der neu gebauten Häuser kommt heute aus der Fabrik
Bild Nr. 6658, QUELLE: BAUFRIITZ / BHW BAUSPARKASSE



Zevill an net genuch!

- Salut Jemp! Wat ass da mat dir geschitt? Du gesäis jo aus fir ze fäerten!

- Moie Pol. Sorry fir d'Verspéidung, mee de Verkéier war alt nees onméiglech hei am Eck. Dat ass einfach net méi ze maachen! D'Leit fueren dorëmmer, wéi wann s'eleng op der Welt wieren. D'Stroossen si voll mat Schlofwandler an Intebinnien, déi hire Führerschäi wuel an der Lotterie gewonnen hunn. A jidderee kuckt nëmmen nach no sech. Ech hu mech elo grad mat enger kritt, déi mer ganz ongenéiert d'Virfaart geholl huet. Wann ech net a leschter Sekonn eng Vollbremsung gemaach hätt, da wier déi frontal a mech gerannt. Mee de Combél bei der Saach ass, datt dat Bëtschel mir och nach de Sténkfanger gewisen huet, wéi ech ëm getut hunn. Dat muss een sech mol virstellen: fir d'éischt renns d'en anere bal iwwert de Koup an dann, am plaz dech z'entschëllegen, gëss de och nach frech mat deem! Ech kréie richtig d'Flemm, wann ech gesi wéi eis Gesellschaft ëmmer méi verruppt a verkënnt. D'Leit hunn einfach kee Respekt a keng Manéiere méi. Deen een ass deem aneren säin Däiweel. Ech soen der, dee ganze Buttek geet deemnächst d'Baach an.

Eng App fir alles?

- Lo beroueg dech mol! Schéin, dass d'et awer nach gepackt hues. Wéi laang ass et hier, datt mir zwee eis bei engem gemittleche Patt an engem anstännege Maufel gesinn hunn? Do has d'eng flott liddi mat dengem Doodle-Virschlag iwwer Whatsapp. Méi séier an einfach hu mer nach ni en Datum fonnt, deen eis allebéid gepasst huet.

- Jo, mir brauchen dee Programm well reegelméisseg doheem. Sait d'Kanner aus dem Haus sinn ass et bal onméiglech, déi ganz Famill beieneen ze kréien. Et ass praktesch net méi dran, iergend e Fest pünktlech op den Dag zesummen ze feieren. Deemnächst musse mer wuel Chrëschttag op Neijoerschdag verréckelen, wa mer all ronderëm dee selwechten Dësch wëlle setzen.

- Bei eis am Stot ass et net besser. Jiddereen huet e volle Kalenner an d'Deeg sinn anscheinend ze kuerz, fir alles ënnerdaach ze kréien. Dobäi misst dach mat deene sëllege modernen Infrastrukturen an Automaten d'Organisatioun vum Alldag vill méi séier an onkomplizéiert oflafen. An eiser postmoderner Iwwerflossgesellschaft gëtt et jo fir all erdenklecht Bedierfnes iergend en Apparat oder

e Programm, déi engem d'Aarbecht ewechhuelen oder op d'mannst erlichteren. Mat deem ganzen technesche Brimborium sollt eigentlich fir jiddereen e gudde Strapp méi Fräizäit a Liewensqualitéit erausspringen.

- Mäi léiwe Pol, du wäers dach net am eescht wëlle behaapten, datt de Marché drop ausgeluecht wier, fir de Konsumenten d'Liewe méi einfach ze maachen. Wéi sot den Taxichauffer zu New-York, ier e mer seng iwwerdeiert Rechnung ënnert d'Nues gehalten huet: „You know, it's all about money!“

- Jo, deen hues de scho méi oft zitéiert. Mee du muss awer och zouginn, datt et eis an de leschte Joerzénge iergendwéi ëmmer besser gaangen ass. Mir profitéiere letztendlech alleguerter vum technesche Fortschritt.

Mat Zouversicht no vir oder an der Depressioun hänke bleiwen?

- A wou komme mer dann hi mat dengem faméise Fortschritt? Ech héieren a gesinn an der lescht just nach Hiobsbotschaften. Ob dat d'Klima, de Weltfridden, déi allgemeng Gesondheitslag oder d'sozial Gerechtegkeet an déi ekonomesch Ëmverdeelung betrëfft,

iwwerall schénge et längst fénnefir zwielef gelaut ze hunn a mir beweegen eis anscheinend permanent geféierlech no um Bord vum fatalen Ofgrond. Eng allgemeng Ënnergangsstimmung mécht sech iwwerall an de Medie breet an dréckt de Leit ferm op d'Gemitt. D'Mënschheet steet kuerz virum Enn an de Marché vun den Antidepressiva boomt wéi nach ni!

- O mei, Jemp, lo maach awer mol e Punkt! Déi Schwarzmolerei bréngt dach kee Mënsch weider. Wéi sot schonn de Philosoph Karl Popper: „Alles Leben ist Problemlösen!“ Dat huet näischt mat Naivitéit oder Ignoranz ze dinn. Natierlech ass et néierens méi einfach ginn an déi sëllege Krisen, déi momentan eist Weltbild duerchernee rëselen hunn et a sech. Mee dowéinst duerfe mer awer net d'Bengele bei d'Tromm geheien an eis an d'Depressioun oder den Defaitismus flüchten. Ech kréien all Dag Message vu Leit, déi sech fir Mënsch an Natur engagéieren a mech invitéieren, bei hinne matzemaachen. Wa jiddereen eng Hand mat upéckt, da kréie mer d'Rudder nees an de Grëff, fir d'Gesellschaft an déi richtig Richtung ze leeden.

- Ech bewonneren zwar däin Optimismus, mee deele kann ech e leider net! A wat däi Glawen un eng allgemeng Solidaritéit an d'Zesummenhalen ugeet, sorry, mee do kann ech nëmme laachen. Matgefill an Entgéintkommen halen dach schonn op der Strooss op, wou jidderee rücksichtslos nëmmen nach no sech kuckt. Dat geet esou wäit, datt Verschiddener souguer hannert dem Steierrad léiwer op hirem Handy ronderëm spillen, wéi de Bléck no baussen ze riichten an op déi aner opzepassen. Mir kënn et fir, wéi wann ëmmer méi Leit sech esou déif wéi nëmme méiglech an hiert Schleeckenhaischen zrëckzéien a kaum nach Interessi weise fir dat wat ronderëm se geschitt. Esou e Behuelen arrangéiert natierlech eng gewësse Politik, déi den Egoismus an d'Ignoranz vum deementspriedend isoléierte Bierger ausnotzt, fir Mësstrauen a Friemenhaass an der Populatioun unzestëppelen. Dat bréngt deene Stëmme, déi di demokratesch Spillreegele verdrängen a mëssbrauchen, fir selwer un d'Muecht ze kommen an op eng hannerhålteg Manéier en autokratesche Regime uviséieren.



Mat Riets zréck
an d'Vergaangenheet?

- Do gees d'awer elo e bèsse wäit. Datt d'Gefuddels am Verkéier an déi ofgelenkten Automobilisten eis um direkte Wee an d'Diktatur solle féieren, schéngt mer zimmlech iwwerspëtzt formuléiert ze sinn. Ech denken éischter, datt vill Mënschen duerch déi rasant Entwécklung an de meeschte Beräicher vun eiser Gesellschaft einfach iwwerfuert sinn an net méi matkommen. Do ass de Verkéier an d'Transportwiese sécher e Beispill ënner villen aneren. Mee de Rietsruck, deen a leschter Zäit ronderëmgeschtert, wuerzelt menger Meinung no e gutt Stéck méi déif an de Käpp vun de Wieler. Do spillt d'Angscht virum Onbekannten an eng ongewëss, oft bedrolech Zukunft eng ganz wichteg Roll. Wann d'Reegelen am Beruff dauernd änneren, de Konsum vun ëmmer méi kuerzliwigen Artikelen permanent ugedriwwen gëtt, souguer an der Fräizäit op Leeschtung gesat gëtt an elementar Bedürfnisser wéi Wunnen, lessen a Fortbewegung als iwwerdeiert Luxusgüdder gehandelt ginn, da fillt munch een sech verluer. An dovunner profitéieren ënnert anerem d'Ratefänger vum rietse Bord. Si versprechen de veronsécherter Bierger genee dat, wat déi wëllen héieren: en Zréck an eng Zäit, wou jiddereen eng sécher a gutt bezuelten Aarbechtsplaz, genee wéi e geraimegt Doheem hat. Dat Ganzt wa méiglech a Gesellschaft vun enger glückséileger Famill a gläichgesënnte Frënn. Datt et sech dobäi ëm e Märchen handelt an et esou eng idealiséiert Vergaangenheet ni gouf, schéngt de Geschichtsmuffelen net weider opzefalen. Genau sou wéineg hannerfroen se d'Feindbild vum frieme Mataarbechter, deen hinnen anscheinend d'Plaz ewech hält an op hir Käschtchen vum Sozialnetz profitéiert. Dobäi schafft deen oft a Secteure, woufir sech entweder keen aneren interesséiert oder an esou spezialiséierten Domainen, datt kaum qualifizéiert Fachleit heiheem ze fanne sinn. Mee hei kënnt de Witz vum héichkarätegen auslänneschen Akademiker, deen dem einheimischen, ongeléierten Aarbechter d'Plaz klaut, wuel net gutt un.
- Do kann ech der nëmme Recht ginn. Gott sei dank si mer hei, wat déi Zort Politik ugeet, nach net am extreem rietsen Eck gelant, wéi sech dat bei eisen däitschen Noperen ukënnegt. Wann ee bedenkt, wat sech vun do aus, viru knapp dräi Generationen iwwert sämtlech Kontinenten ausgebreit hat, da ginn engem bei de rezenten Entwécklungen d'Schudder aus. De Rietsruck an der westlecher Welt schéngt e Phenomeen ze sinn, deen sech well iwwerall duerchsetzt. Wann ech liese wéi et momentan ëm Frankräich, Italien, England an d'USA steet, da gëtt et mer richtig dronken. Dat ass jo bal wéi eng richtig Epidemie. Just datt mer dogéint, net wéi beim Covid, no e puer Méint mat engem effikasse Géigemittel impfe kënnen. Wann ech dann nach un de Krich an der Ukrain an am Iran denken, da weess ech net méi wou mer de Kapp steet.

D'Fachleit
wäerten et riichten!

- Weess de Jemp, vläicht misst de mol e puer Gäng erofschalten. Et kann een sech mat all de Krisen a Problemer, déi uechtert d'Welt verdeelt sinn, och einfach nëmme geckeg maachen. A weem ass domadder schlussendlech gedéngt, wa mer hei am Restaurant iwwert den Zoustand vun der Welt lamentéieren an eis domadder d'Laun an den Appetit verdierwen? Schwierig Zäite gouf et schonn ëmmer, dat eenzegt wourobber et letztendlech ukënn, sinn d'Léisungen, déi vun de richtige Leit op der richteger Plaz, dee richtige Moment applizéiert ginn. Wat kënne mir zwee

scho géint dem Putin säin Iwwerfall op d'Ukrain oder dem Trump seng Attack géint den Iran maachen?

- Has du net selwer virdru gesot, datt een d'Bengelen net dierf bei d'Tromm geheien a sech mat aneren zesumme fir Mënsch an Natur sollt asetzen? An elo proposéiers de mer d'Vegel-Strauss-Politik! Einfach de Kapp an de Sand steechen a waarde bis d'Gefor eriwuer ass? D'Leit vum Fach wäerten d'Saach schonn an de Grëff kréien, oder wéi? Weess de, Pol, ech halen et dobäi léiwer wéi den Immanuel Kant mat der Maxime „sapere aude“, trau dech däin eegene Verstand ze benotzen! Ech iwwerloossen et net gären deenen aneren, fir mech ze denken an ze handeln. Dat ass nämlech genee d'Attellung mat där d'Populatioun kleng gehale ginn an eng winzeg Elite vun Technokraten a Politiker d'Herrschaft u sech rappen. Wat dobäi erauskënnt, si mer jo grad amgaang z'erliewen!

Virun
der eegener Dier kieren?

- Ëm Gotteswëllen, Jemp, du spréngs haut awer och direkt op dat héicht Pärder! Bass de dese Moie mam falsche Fouss opgestan oder ass dat d'Nowierkung vun der Tuss mam Sténkfänger? Ech wollt jo nëmme soen, datt et kee Wäert huet, sech an engem Stéck iwwert sämtlech aktuell an zukünfteg Mëssstänn vun der Mënschheet de Kapp ze zerbréchen. Wa jiddereen virun der eegener Dier géif kieren, da wiere mer ganz séier eng gutt Partie vun eise Problemer lass. Dat heescht natierlech net, datt mer keng kritesch Gedanken dierften äusseren, wann iwwert d'Grenze vum Ländchen eraus d'Lompen därmoosse sténken, datt een och bei eis ufänkt mat houschten. Wann s d'awer systematesch sämtlech Krise beieneen an een Dëppe geheis, da kënnt dobäi eng Zopp eraus, déi s de weder schlécken, nach verdaue kanns. Jéimeren oder Verantwortung iwwerhuele sinn nun eemol zwou verschidde Manéieren, wéi een op eng schwierig Situatioun ka reagéieren. Ech perséinlech handele léiwer an engem méi bescheidenen Kader, wéi mech iwwer global Katastrophen ze bekloen, op déi ech souwisou keen Afloss hunn. "Qui trop embrasse, mal étreint" seet de Fransous an domadder widdersprécht e sécher net dem Kant sengem Appell un de Verstand an dat eegestänneg Denken.
- Ganz d'accord. Woubäi ze vill an net genuch bekanntlech och keng Moosse sinn. Wann een säin Asaz op déi lokal Sphäre beschränkt, dierf een d'Gesamtbild trotz allem net aus den Ae verléieren, soss läit ee séier dernieft. Wat bréngt et da schonn, wann s de doheem fir déi kleng Kommissiounen op den Auto verzichts, dofir awer sechs mol d'Joer mam Fliger an d'Vakanz flitts; oder fir a Form ze bleiwen zweemol d'Woch an de Fitness leefs, mee dono mat de Kolleegen am Restaurant den Dräigängmenu mat Béier a Wäi bestells.
- Mir sinn d'Guttbierger och suspekt, déi sech am Bistro iwwert den allgemengen Ëmgang mat den natierleche Ressourcen an d'Ëmweltpolitik opreegen a selwer reegelméisseg mam décken SUV an de Shoppingzenter fueren, fir do massiv allméiglecht Gezei an Ëmgeréis aus Asien anzekafen.

KO duerch d' KI!

- Ech menge ganz, nieft Whatsapp an Doodle bréichte mer onbedéngt eng nei App fir dat allgemengt Verantwortungsgefill an den Zesammenhalt tëscht de Leit ze féerden. Déi sozial Medie kéinten dobäi souguer eng wichteg Roll spillen.
- Fënns de net, datt mer mat deem ganzen digitalen Zinglabumm scho längst an eng komplett falsch Richtung gerannt sinn? Amplaz eis domadder d'Liewe méi einfach ze maachen, gëtt



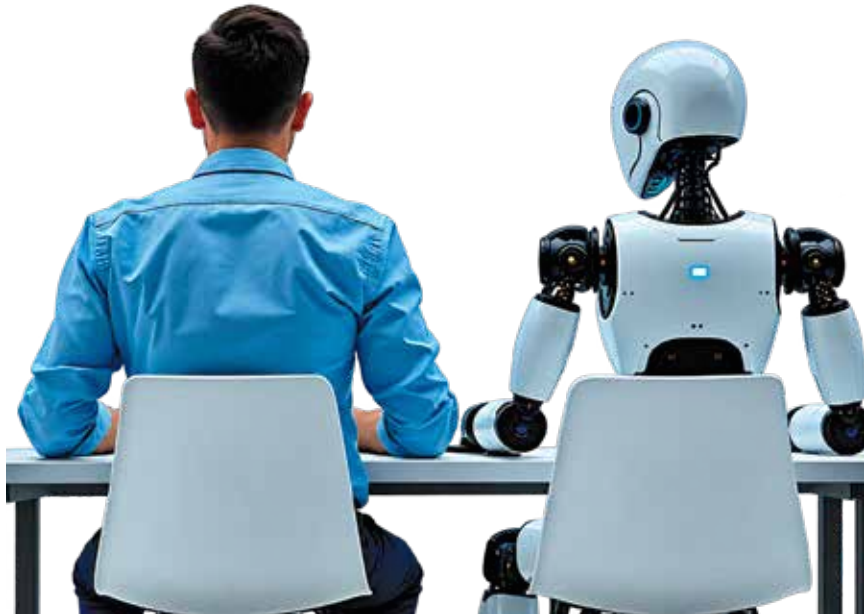
et ëmmer méi komplizéiert a mir sinn ofhängeg vun Apparaten, déi kee Mënsch versteet. Wann d'Computeren am Auto oder um Büro streiken, da geet näischt méi a mer sinn total opgeschmass. Ouni Navi fanne mer dach längst net méi de Wee fir an dat éischtbescht Duerf, oder hues du ieren nach eng Kaart am Händschefach? Deslescht houg ech stonnelaang um Telefon mat mengem Internet-provider, well doheem d'Télee keen Empfang méi hat a mat menger Bank loung ech deeglaang am Clinch, well hire vollautomateschen digitale System fir d'Baschte meng Iwwerweisungen net wollt acceptéieren.

- Mäi léiwe Pol, do hunn deng „richteg Leit“ längst d'Weiche gestallt an d'Richtung bestëmmt an déi et goe wäert. Fir den iwwerfuert Bierger ze entlaaschten, ginn ëmmer méi där nützlecher digital Assistenten an eise Alldag agesat. Dat geet vun der autonome Méimaschinn iwwert de Staubsauger an de Fëensterbotzer bis bei déi automatesch Keesen am Supermarché an déi digitaliséiert Guichete bei de Banken an der Administratioun. An domadder net genuch: Mat Hëllef vun der KI ka mëttlerweil jiddereen op all

erdenklech Fro eng Äntwert kréien. Ob et ëm déi nächst Vakanzendestinatioun oder e komesche Bobbo am Bauch geet, déi kënnschlech Intelligenz weess bei allem beschtens Bescheed. Nodeems mer d'Muskelkraaft an déi monoton Aarbechtsprozesser de Maschinnen a Roboter iwwerlooss hunn, gëtt elo och nach dat lästeg Denken an Iwwerleeën un de Computer delegéiert. Dat ganzt erënnert mech un de Pronostic vun engem Wëssenschaftsjournalist, dem Professor Hoimar von Ditfurth. Deen hat schonn ugangs den Nonzeger, also nach ier et mat der digitaler Revolutioun sou richtig lassgoug, geschriwwen, datt d'Mënschheet sech wuel deemnächst selwer ofschaft géif. Mir kéinten et nämlech héchstwahrscheinlech geschwë fäerdeg bréngen, eis biologesch Evolutioun net nëmme wéinst der exzessiver Pollutioun, mee virun allem duerch de sougenannten technologesche Fortschritt ze stoppen.

- Also mat deenen Endzäit-Gespräicher à la Terminator & Co, kréien ech nees richtig Honger. Wéi ass et, bestelle mer eis en Dessert oder wëlls de virdrun nach e bèsse Kéis mat engem Glas Rouden?

Roger Roth





Cours de formation et d'appui scolaires

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie
pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30, jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 • afas@cgfp-services.lu
• <https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS



Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen,
ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP - die einzige gewerkschaftliche Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion





HÖREN SIE AUF IHR HERZ. IHR BLUT ZU SPENDEN IST EINE GESTE, DIE LEBEN RETTET.

Das Blutspendezentrum in Luxemburg-Stadt
von Montag bis Freitag ab 8:00 Uhr.

Mehr Infos:



Scannen und Termin buchen




27 55-4000 • www.croix-rouge.lu

WERDEN SIE NOCH HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE
www.cgfp.lu/adhesion




Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

L'union fait la force!




LUX VOYAGES



Eine Reise voller vielfältiger Facetten der Karibik: Entdecken Sie die niederländischen ABC-Inseln Bonaire, Curaçao und Aruba mit ihren traumhaften Stränden, bunten Städten und dem unverwechselbaren karibischen Flair. Weiter führt die Route nach Tortola und St. Maarten, bevor Sie in der Dominikanischen Republik mit Taíno Bay und Samaná tropische Landschaften und karibische Lebensfreude erwarten. Zwischen den Anlaufhäfen bieten entspannte Seetage ausreichend Zeit, die *Mein Schiff 5* und ihre zahlreichen Annehmlichkeiten in vollen Zügen zu genießen.



An Bord von *Mein Schiff 5* beginnt die Erholung vom ersten Moment an. Die großzügigen Premium-Inklusivleistungen sorgen für unbeschwerter Genuss: Neben der kulinarischen Vielfalt runden großzügige Sauna- und Fitnessbereiche, zahlreiche Sportmöglichkeiten, Entertainment sowie Kinderbetreuung das Wohlfühlerlebnis ab.

So lässt sich der Karibikurlaub entspannt genießen – sowohl an Land als auch auf See.

Reisepreis ab: 3.199 € pro Person
in der Balkonkabine, inklusive

- Flug ab/bis Frankfurt (ab/bis Luxemburg gegen Aufpreis zubuchbar)
- Transfers sowie Bahnreise zum/vom Abflugort
- 14 Übernachtungen

Reisezeitraum:
vom 06.01. bis 10.03.2027 (wöchentlich)



LUX VOYAGES s.à r.l.
25-A, boulevard Royal ■ L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1 ■ info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer „Mein Schiff“-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.





fonction
publique

SPÉCIAL

LIVING

Du toit à l’abri de jardin : l’hiver se prépare aussi à l’extérieur

La fin de l’été et l’automne constituent des périodes propices à un examen approfondi de votre logement avant la saison hivernale. Afin de traverser l’hiver à l’abri des désagréments et des défaillances techniques, une préparation adéquate s’impose. Profitez des dernières belles journées de l’année pour effectuer les vérifications nécessaires, notamment à l’extérieur de votre habitation.

Ces quelques précautions permettent d’éviter des désagréments en plein hiver, ainsi que le stress de travaux urgents à réaliser dans des conditions souvent peu favorables. D’autant plus que les corps de métiers risquent d’être très sollicités et de ne pas être toujours en mesure d’intervenir rapidement. Se retrouver sur une liste d’attente alors que l’eau s’infiltre par quelques tuiles en mauvais état est une situation dont on se passerait volontiers.

Pour rendre votre habitation encore plus confortable et agréable à vivre, même durant les plus rudes mois de l’année, voici un « programme de prévention » en douze points essentiels à vérifier avant l’arrivée de l’hiver :

1. La toiture : vérifiez soigneusement l’état des tuiles. Cassées ou mal ajustées, elles favorisent les infiltrations d’eau à l’intérieur de la maison. S’il s’agit simplement d’ajuster l’une ou l’autre tuile, vous pouvez vous en charger vous-même, à condition de le faire en toute sécurité. Pour des travaux plus conséquents, mieux vaut faire appel à un professionnel. En matière de toiture et d’étanchéité, l’improvisation n’est pas de mise. Ne montez jamais sur un toit lorsque vous êtes seul et prenez toutes les précautions nécessaires afin d’assurer votre équilibre. En cas de doute, notamment si vous êtes sujet au vertige, n’hésitez pas à contacter un professionnel qui se chargera de cette vérification.

DÉCOUVREZ VOTRE
FUTUR LOGEMENT NEUF
CHEZ **HEK·TAR**



MAYFAIR
LUXEMBOURG - CENTRE

NOUVEAU



NOELIA
LUXEMBOURG - NEUDORF

NOUVEAU



TUSCANA
BERTRANGE

EN LIVRAISON



ROOTS
ESCH / BELVAL

LIVRAISON PRÉVUE
ÉTÉ 2027



LOUIS XIV
LUXEMBOURG - MERL

LIVRAISON PRÉVUE
DÉBUT 2028



NOUVEAUX
PROJETS
EXCLUSIFS

Inscrivez-vous
à notre newsletter

COMING SOON

HEK·TAR
BUREAU IMMOBILIER

info@hektar.lu | 27 85 80 40

Découvrez tous les projets neufs
disponibles sur **hektar.lu**



SPÉCIAL **LIVING**fonction
publique

2. La toiture encore : éliminez les traces de mousse, susceptibles de retenir l'humidité, de fragiliser les tuiles et de favoriser les infiltrations d'eau. Après le démoussage, l'application d'un produit anti-mousse de qualité contribue à protéger durablement la toiture et à limiter la réapparition de mousses.
3. La cheminée : profitez de votre passage sur le toit pour vérifier l'état de la cheminée ou du conduit d'évacuation de la chaudière. En cas de doute, faites appel à un spécialiste. Le ramonage doit, lui aussi, être confié à un professionnel.
4. Les corniches : nettoyez-les soigneusement et retirez les feuilles et autres débris, qui ont pu s'y accumuler au fil des mois. À défaut, l'évacuation des eaux de pluie risque d'être entravée et de provoquer des dommages aux murs en cas de fortes précipitations.
5. Les panneaux solaires : vérifiez leur état et leurs attaches. Retirez les résidus, les déjections d'oiseaux, les dépôts de pollen et les autres salissures susceptibles de diminuer leur rendement. Les panneaux faiblement inclinés ou installés à l'horizontale retiennent les saletés en tous genres et l'eau stagnante. Un encrassement entraîne toujours une baisse sensible du rendement qui peut aller de 3 % à 15 %, voire dépasser 25 %.
6. Les murs extérieurs : inspectez attentivement la façade de votre habitation. Si des fissures sont apparues, rebouchez-les avant l'arrivée des pluies hivernales. Un revêtement extérieur abîmé fragilise l'isolation de l'habitation et peut même causer dans certains cas des infiltrations d'eau.
7. Les volets extérieurs : Vérifiez leur état afin de préserver l'isolation et le confort de la maison.
8. Le mobilier de jardin : les siestes et les repas en plein air sont terminés. Pensez à nettoyer le mobilier d'extérieur, le barbecue, la plancha..., puis rangez-les à l'abri pour l'hiver. Cela ne peut que prolonger leur durée de vie.
9. Les plantes : si vous avez dans le jardin ou sur la terrasse des plantes en pot sensibles au froid, profitez de l'automne pour nettoyer les



contenants (pots, jardinières) et mettez les végétaux les plus fragiles à l'abri. Ils retrouveront toute leur vigueur au retour des beaux jours.

10. La pelouse : si vous avez une pelouse classique, prévoyez une dernière tonte avant l'hiver. Évitez toutefois de couper l'herbe trop courte : une hauteur d'environ six centimètres lui permettra de mieux résister aux rigueurs hivernales.
11. Le tuyau d'arrosage : débranchez le tuyau d'arrosage extérieur, videz-le entièrement (il ne doit plus rester d'eau dedans), enroulez-le soigneusement et rangez-le à l'abri, dans le garage ou la remise. Placez sur les robinets extérieurs des caches de protection contre le froid. Profitez-en aussi pour fermer la vanne d'arrivée d'eau.
12. Les outils de jardin : avec le ralentissement des travaux de jardinage à l'approche de l'hiver, profitez-en pour nettoyer vos outils. Pensez à désinfecter les lames des sécateurs afin d'éviter la transmission de maladies d'une plante à l'autre. Une fois propres et secs, rangez-les à l'abri jusqu'au printemps. Quant aux équipements nécessitant un entretien plus approfondi (tondeuse, tronçonneuse, etc.) confiez-les à un professionnel.

galerie
moderne

AMEUBLEMENT

www.gmg.lu**10.000 m2 SHOWROOM
KICHEN A MIWWEL****75 JOER
ZU LËTZEBUERG**

BUILDING TOMORROW



Parkside - Bertrange
Start vun den Aarbechten am September 2026
Démarrage des travaux en septembre 2026



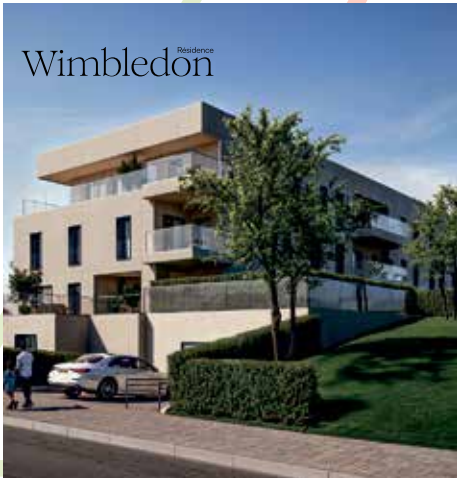
Roodt-Sur-Syre
2 Häiser direkt bewunnbar
2 maisons prêtes à emménager



Louis XIV - Merl, Luxembourg-ville
Am Bau – Liwwerung geplangt ab dem Fréijoer 2027
En construction – livraison dès printemps 2027



Aerdbier - Steinsel
Aarbechten fäerdeg, Wunnengen direkt bewunnbar
Construction terminée, appartements prêts à emménager



Wimbledon - Belair, Luxembourg-ville
Start vun den Aarbechten Enn 2026
Démarrage des travaux fin 2026



Genevo House - Merl, Luxembourg-ville
Am Bau – Liwwerung geplangt ab dem Fréijoer 2027
En construction – livraison dès printemps 2027



**Profitéiert ab elo vun de Steiermoosnamen, dei am Kader vum Booster fir de Wunnengsbau vum Staat
annoncéiert goufen. Méi Informatiounen fannt Dir op www.cdclux.com/mesures**
Profitez dès maintenant des nouvelles mesures fiscales annoncées ! Pour en savoir plus, rendez-vous sur www.cdclux.com/mesures

sales@cdclpromotions.com

48 59 59 300

Plus d'informations :
www.cdclux.com



„Die beste Küche erkennt man im Alltag“



Ronny Kettmann leitet Kiche Concept in Bertrange. Seit fast 20 Jahren entwirft sein Team Küchen nach Maß. Wir befragten ihn nach seinen drei Favoriten und danach, worauf es ihm bei der Küchenplanung wirklich ankommt.

Ronny, du planst jeden Tag Küchen. Worauf achtest du bei deiner eigenen Küche am meisten?

Auf die Gewohnheiten der Menschen. Eine Küche muss schön sein, aber im Alltag auch funktional sein. Bei mir zu Hause habe ich große, elegante Schubladen geplant. Das sieht toll aus! Man muss aber abwägen, was einem wichtiger ist: eine ruhige Optik oder eine durchdachte Aufteilung, die auch zu zweit im Alltag funktioniert. Wenn wir nebeneinander kochen und einer die große Besteckschublade öffnet, wird der andere oft zur Seite geschubst. Wer kocht gern? Wer räumt auf? Wie bewegen sich die Personen in ihrer Küche? Genau das wollen wir wissen, bevor wir etwas planen.

Wenn du nur drei Dinge empfehlen dürftest, was wäre deine Nummer eins?

Für mich steht ein Quooker an erster Stelle – vor allem wegen des gefilterten, gekühlten Trinkwassers

und des Sprudelwassers direkt aus dem Hahn. Ich muss keine Flaschen nach Hause schleppen, erzeuge weniger Plastikmüll und kann mir jederzeit ein Glas einschenken. Kommt Besuch? Dann einfach Eiswürfel und ein wenig Zitrone dazugeben. Auch für Cocktails ist das Sprudelwasser sofort verfügbar. Ein Luxus, den ich nicht mehr missen möchte.

Und was ist mit kochendem Wasser?

Das ist auch ziemlich cool! Tee zubereiten, Wasser für die Pasta zapfen, Tomaten blanchieren oder schnell einen Topf ausspülen – all das funktioniert direkt am Hahn. Auch eine Wärmflasche ist schnell mit heißem Wasser gefüllt.

Was steht bei dir auf Platz zwei?

Ein hoch eingebauter Geschirrspüler. Ich würde meinen nie wieder unten einbauen lassen. Man räumt das Gerät so oft ein und aus – warum sollte man sich dabei jedes Mal bis zum Boden bücken? Wenn es der Raum zulässt, planen wir ihn daher auf einer angenehmen Höhe ein. Das ist vielleicht kein optisches Highlight, das auf einem Küchenfoto sofort auffällt, aber nach ein paar Wochen merkt man den Unterschied jeden Tag.

Du hast sogar schon von zwei Geschirrspülern gesprochen. Ist das dein Ernst?

Absolut! Besonders bei Familien oder Menschen, die gern kochen und Gäste empfangen, kann sich das bewähren. In einem steht noch das saubere Geschirr oder die Maschine läuft gerade, während man den anderen schon wieder einräumen kann. So liegt nicht alles auf der Arbeitsfläche und man muss nicht warten, bis jemand die Spülmaschine ausräumt. Natürlich braucht man Platz dafür. Es ist eine Option, aber kein Patentrezept für jede Küche.

Und dein dritter Favorit?

Eine Keramikarbeitsplatte – und dazu habe ich eine kleine Vorgeschiede. Keramikspülen verkaufen wir seit fast 20 Jahren. Das Material hat mich immer überzeugt: sehr kratzfest, pflegeleicht und kaum porös. Also habe ich die Hersteller jahrelang gefragt: „Warum fertigt ihr daraus keine Arbeitsplatten?“ Anfangs gab es keine großen Formate. Als dies endlich möglich wurde, waren wir die Ersten in Luxemburg und haben den Trend mit angestoßen. Einen Rat gebe ich aber immer dazu: Auch eine zwölf Millimeter dicke Keramikplatte kann zerbrechen, wenn ein schwerer Gegenstand darauf fällt oder jemand darauf steigt, um etwa eine Lampe zu putzen. Wir haben Versicherer früh darauf angesprochen. Heute lässt sich ein solcher Schaden häufig absichern, allerdings sollte man ausdrücklich nachfragen, ob die eigene Police auch einen solchen Bruch abdeckt.

Das klingt nach einer teuren Wunschliste. Muss eine schöne Küche denn teuer sein?

Die Küche sollte stets zum Budget des Kunden passen. Deshalb frage ich gleich am Anfang danach. Sonst planen wir eine Küche für 40.000 Euro und erfahren erst später, dass

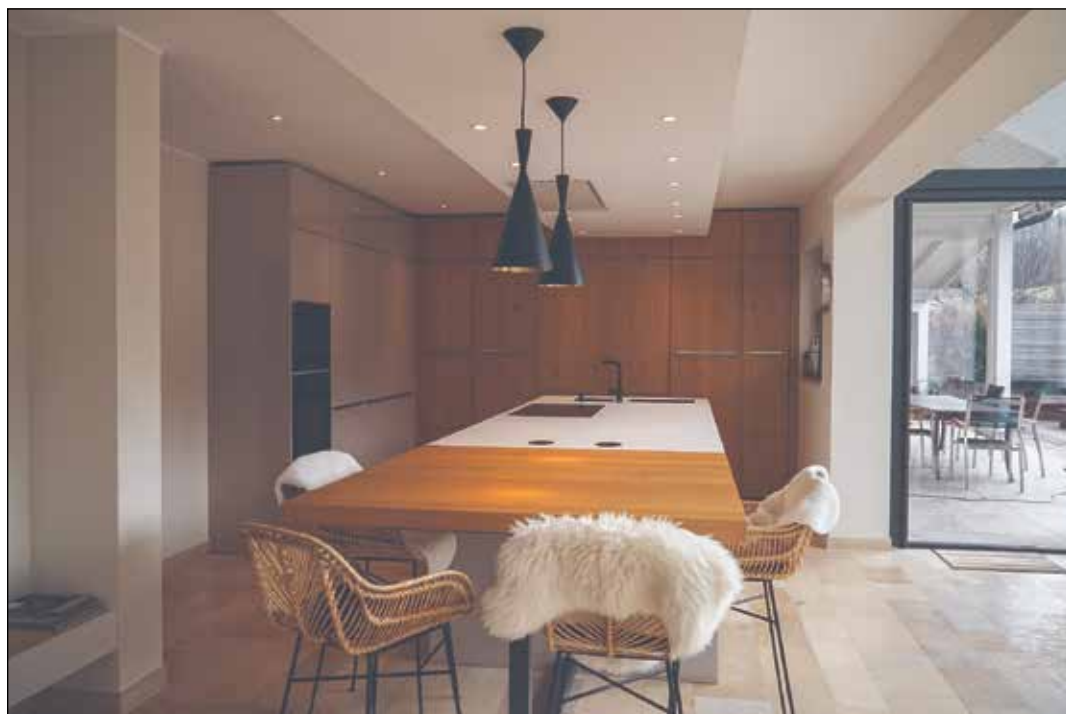
eigentlich ein Budget von 25.000 Euro vorgesehen ist. Für 25.000 Euro kann eine andere Küche auf den ersten Blick ähnlich aussehen, bei Geräten, Materialien und anderen Details gibt es jedoch Unterschiede. Wenn wir das Budget kennen, können wir von Anfang an ehrlich und realistisch planen. Liegen wir etwas darüber, entscheiden die Kunden, ob ihnen das Extra wichtig ist oder ob wir an anderer Stelle sparen sollen.

Was macht ihr bei KicheConcept anders?

Beim ersten Termin setzen wir uns erst mal zusammen und reden. Was hat in der alten Küche genervt? Was hat gefehlt? Was soll die neue Küche unbedingt leisten? Gemeinsam am Bildschirm Maße einzugeben und drauflozuplanen wäre für mich nicht besonders kreativ. Ich lasse das Gespräch lieber noch einmal wirken und entwickle danach eine Idee, die wirklich zum Kunden passt. Dabei helfen uns unsere flexiblen Hersteller: Manchmal hören Kunden anderswo, dass ihre Wunschlösung gar nicht machbar sei. Bei uns ist sie es dennoch. Unsere eigenen Schreiner setzen sie dann vor Ort um.

Was sollen die Kunden zu ihrem ersten Termin mitbringen?

Ihre Wünsche, einen Grundriss und gerne ein paar Fotos. Dann können wir gezielt überlegen, was zu ihnen passt. Am Ende soll man sagen: „Genau so wollte ich zu Hause leben.“



KICHE CONCEPT®

**Är Kichen.
Äre Stil.
Äre Budget.**

Individuell geplangt, mat gudden Iddien
a vun eisen eegene Schräiner montéiert.

Kommt laanscht a loosst lech inspiréieren.

74, route de Longwy · Bartreng
Tel. +352 26 38 38 66
www.kicheconcept.lu



Mat der Garage jumeléiert Eefamilljenhaier
GRÉIWEMAACHER



Jumeléiert Eefamilljenhaier
MIERSCH



Mat der Garage jumeléiert Eefamilljenhaus
HELLENG (FRÉISENG)

ÄERT DOHEEM

EIS AKTUELL PROJETEN UECHTER D'GANZT LAND

Terrainen • Appartermenter • Haier



Residenz «CUMULUS»
KIELEN



Liewen.
Wunnen.
Zukunft bauen.

Entdeckt eis aktuell Projeten op
arend-fischbach.lu

Besuchen Sie
unseren Showroom
in Junglinster



marvins.com



Ihr Weg zu uns

FABROS groupe

 **construction**

 home specialist

 **toiture**

 **chauffage
sanitaire & spa**

Wir beraten Sie persönlich und finden gemeinsam die passende Lösung für Ihre Wünsche.
Das ist **Wuelfillen op Mooss!**

Unser Showroom
Mo–Fr von 09:00 bis 17:00 Uhr • Sa von 09:00 bis 13:00 Uhr
7, rue de Godbrange L-6118 Junglinster • T. 20 50 12 00 • info@fabros.lu

fabros.lu

Travaux d'automne : et si c'était le bon moment pour choyer vos menuiseries ?

Avec l'arrivée de l'automne, les journées raccourcissent, les températures chutent et les intempéries se multiplient. C'est aussi la période idéale pour faire un point sur l'état de ses portes, fenêtres et baies vitrées : après un été parfois éprouvant pour les matériaux, elles doivent être prêtes à affronter le froid, le vent et la pluie sans faiblir.

Metalica Home, spécialiste des menuiseries extérieures, partage ses conseils pour préparer sereinement la maison à la mauvaise saison.

Traquer les courants d'air avant qu'ils ne s'installent

L'automne est le moment idéal pour vérifier l'étanchéité de ses ouvertures. Un simple test à la flamme d'une bougie ou à la main le long des cadres suffit souvent à repérer une infiltration d'air. Joints usés, dormant dilaté par la chaleur estivale, poignées mal ajustées : ces petits défauts, invisibles l'été, deviennent vite une source de déperdition de chaleur et de facture énergétique alourdie dès les premiers frimas.

« Un joint qui a perdu de son élasticité, c'est jusqu'à plusieurs degrés

de perdus dans une pièce en plein hiver, explique un expert de Metalica Home. Les faire contrôler à l'automne évite bien des désagréments quand le thermomètre chute. »

Renforcer l'isolation avant les grands froids

Les menuiseries récentes, à double ou triple vitrage, offrent des performances thermiques que les anciens modèles ne peuvent égaler. Profiter de l'automne pour envisager un remplacement, c'est s'assurer un hiver plus confortable et une consommation de chauffage maîtrisée. Pour celles et ceux qui ne souhaitent pas changer leurs fenêtres, des solutions plus légères existent : remplacement des joints, pose de calfeutrage, ou encore installation de rupteurs de pont thermique.

Anticiper les tempêtes et les intempéries

Vents violents, pluies battantes, premières gelées : l'automne annonce une saison plus rude pour les menuiseries extérieures. Volets roulants et fermetures doivent être contrôlés pour garantir leur bon

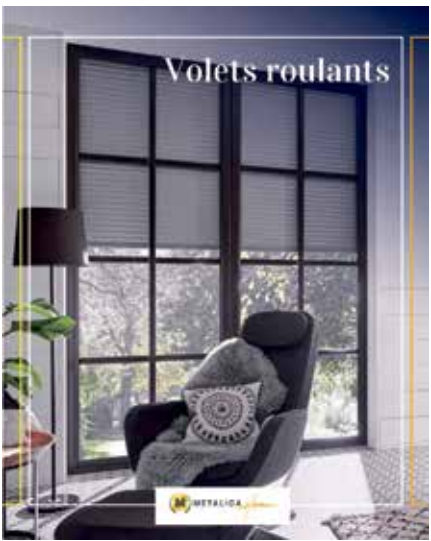
fonctionnement en cas de coup de vent. Un mécanisme grippé ou une lame de volet abîmée peut, en pleine tempête, devenir un point de faiblesse pour toute l'habitation.

Préparer les enfants et les animaux à la saison des fenêtres closes

Avec le froid, les fenêtres restent fermées plus longtemps et les pièces de vie se concentrent davantage à l'intérieur. C'est l'occasion de vérifier que les systèmes de verrouillage partiel et les dispositifs anti-fausse manœuvre sont bien opérationnels, en particulier dans les chambres d'enfants, pour conjuguer confort hivernal et sécurité du foyer.

Miser sur des menuiseries connectées pour l'hiver

Programmer la fermeture automatique des volets à la tombée de la nuit, recevoir une alerte en cas d'ouverture suspecte pendant les absences prolongées des fêtes de fin d'année, ou encore piloter à distance le chauffage en fonction de l'ouverture des fenêtres : les solutions connectées trouvent tout leur sens à l'approche de l'hiver, entre économies d'énergie et tranquillité d'esprit.



Un entretien d'automne, un hiver plus serein

Un contrôle visuel des joints, un graissage des serrures et charnières, un nettoyage des rails de volets roulants : ces gestes simples, réalisés avant les premiers froids, suffisent souvent à prolonger la durée de vie des menuiseries et à éviter les mauvaises surprises en plein hiver. Une porte qui ferme mal ou un vitrage mal ajusté aujourd'hui, c'est une source de déperdition et d'inconfort demain.



PVC



ALU



BOIS



PORTES ET FENÊTRES
PVC | BOIS | ALU
PROTECTIONS SOLAIRES
PERGOLAS

ENEZ DÉCOUVRIR NOTRE SHOWROOM ET PROFITEZ DES CONSEILS DE NOS PROFESSIONNELS !



SHOWROOM
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Nous vous accueillons
Lundi au vendredi, de 9:00-18:00 h
Samedi, 09:00-13:00 h
Ou sur rendez-vous : www.metalica.lu

SPÉCIAL LIVING

Homeoffice: Ein Arbeitsplatz, der sich stilvoll in Ihr Zuhause einfügt



Das Arbeiten von zu Hause gehört für viele Menschen längst zum Alltag. Doch nicht jede Wohnung bietet Platz für ein separates Arbeitszimmer. Mit einer durchdachten Gestaltung lässt sich jedoch auch im Wohn- oder Schlafzimmer ein funktionaler Arbeitsplatz schaffen, der nach Feierabend nicht ständig an unerledigte Aufgaben erinnert.

Den geeigneten Platz finden

Ideal ist eine ruhige Ecke mit möglichst viel Tageslicht. Ein Schreibtisch in Fensternähe sorgt für angenehme Lichtverhältnisse, sollte aber so stehen, dass keine störenden Spiegelungen auf dem Bildschirm entstehen. Wer wenig Platz hat, kann eine Nische, den Bereich unter einer Treppe oder eine freie Wand nutzen. Schmale Konsolentische, ausklappbare Arbeitsplatten und maßgefertigte Lösungen machen selbst kleine Flächen nutzbar.

Komfort ist keine Nebensache

Ein schöner Tisch allein reicht nicht aus. Entscheidend sind ein bequemer, möglichst verstellbarer Stuhl und eine ergonomische Sitzposition. Der Bildschirm sollte ungefähr auf Augenhöhe stehen, die Unterarme entspannt aufliegen, und die Füße festen Bodenkontakt haben. Eine zusätzliche Schreibtischleuchte hilft an dunklen Tagen. Wer regelmäßig aufsteht und sich zwischendurch bewegt, entlastet Rücken und Schultern.

Ordnung schafft Ruhe

Damit sich der Arbeitsbereich harmonisch in die Wohnung einfügt, empfiehlt sich ein einheitliches Gestaltungskonzept. Materialien und Farben können die vorhandene Einrichtung aufgreifen. Geschlossene Schränke, Schubladen und Aufbewahrungsboxen verbergen Unter-

lagen, Kabel und Bürozubehör. Besonders praktisch sind Möbel mit mehreren Funktionen: Ein Sekretär wird nach Arbeitsende zugeklappt, ein Regal trennt den Arbeitsbereich optisch vom Wohnraum.

Klare Grenzen im Alltag setzen

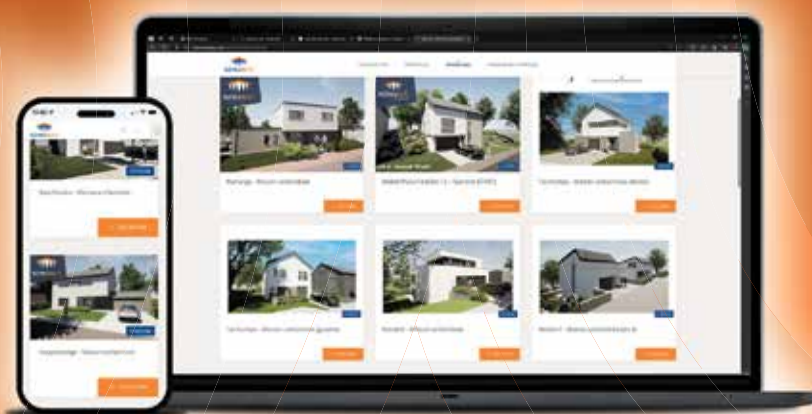
Wer am Küchentisch arbeitet, sollte möglichst feste Arbeitszeiten einhalten und den Platz am Abend wieder freiräumen. Auch kleine Rituale helfen, zwischen Beruf und Freizeit umzuschalten, etwa Laptop schließen, Unterlagen verstauen, das Arbeitslicht ausschalten. In gemeinsam genutzten Räumen sind Absprachen wichtig, etwa für Videokonferenzen oder konzentrierte Arbeitsphasen.

Für vertrauliche Gespräche ist ein möglichst ungestörter Platz sinnvoll; Kopfhörer mit Mikrofon verbessern die Sprachverständlichkeit. Eine stabile Internetverbindung sowie Steckdosen in Reichweite gehören ebenfalls zur Grundausstattung.

Ein gelungenes Homeoffice muss weder groß noch teuer sein. Entscheidend ist, dass der Arbeitsplatz zu den Aufgaben und zum Wohnalltag passt. So entsteht ein Bereich, der Konzentration ermöglicht, ohne Ihr Zuhause dauerhaft in ein Büro zu verwandeln.



- | | | | |
|---|--|--|--|
| 
maisons massives
clés en main | 
résidences | 
poses de
carrelage | 
extension &
transformation |
| 
aménagements
extérieurs | 
rénovations | 
travaux de façade | 
rénovations
de salle de bain |



Découvrez tous nos biens
en vente sur notre site

WWW.ROMABAU.COM




ROMABAU

➔ **BUILD FOR LIFE** ➔

6, Beelerstrooss
L-9991 Weiswampach

Tél.: 26.95.78.18
Fax: 26.95.78.28

info@romabau.com
www.romabau.com



Home Expo

Frais de dossier offert
jusqu'au 30/10/2026

BANQUE RAIFFEISEN, société coopérative.

Offrez un toit à votre plus belle histoire.

Financez votre projet immobilier grâce au prêt R-Logement.
Plus d'infos sur raiffeisen.lu



Sous réserve d'acceptation de votre dossier par la Banque. Un crédit vous engage et doit être remboursé. Vérifiez vos capacités de remboursement avant de vous engager. Emprunter de l'argent coûte de l'argent. Plus d'informations sur raiffeisen.lu



SKILL, Howald, bvd des Scillas
Livraison mars 2027
Reste 2 appartements à vendre

Façade & parachèvements en cours



Scanne-moi !



PENINSULA, Grevenmacher, rte du Vin
Livraison novembre 2027
Reste 5 appartements +
1 bureau à vendre



Scanne-moi !

Gros oeuvre terminé
Façade en cours

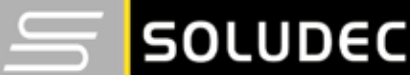


OPTIMUM, Steinfort, rte de Luxembourg
Livraison septembre 2028
Reste 10 appartements à vendre



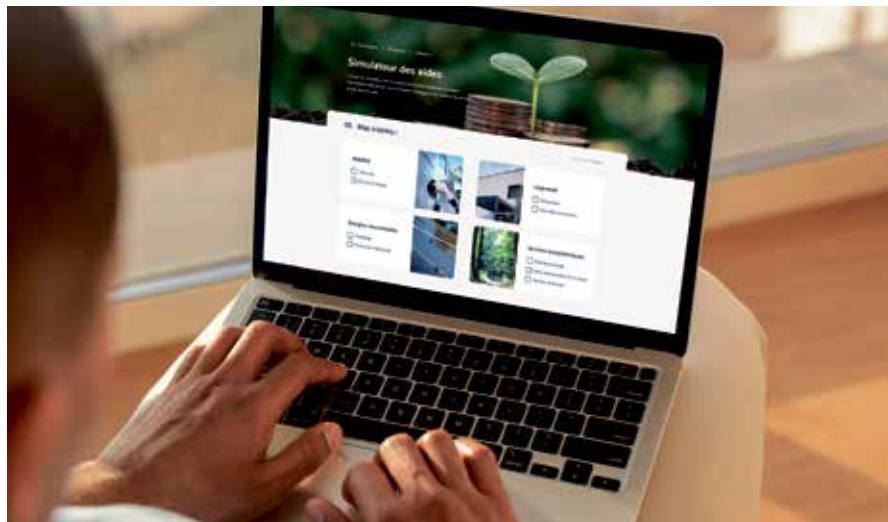
Scanne-moi !

Gros oeuvre en cours



Contact: +352 661 599 426
immobilier@soludec.lu
www.soludec.lu

Klimabonus 2026 : mieux planifier vos projets



Le régime Klimabonus « Wunnen » s'applique aux projets éligibles depuis le 1^{er} janvier 2026 et reste en vigueur jusqu'à fin 2030, voire jusqu'en 2035 sous certaines conditions. Il offre aux ménages davantage de temps pour préparer une rénovation, remplacer un chauffage fossile ou investir dans des équipements énergétiques.

Les aides destinées à l'isolation, au remplacement des fenêtres et à l'installation de systèmes de ventilation mécanique contrôlée ont été revues à la hausse. Une majoration temporaire de 15 à 20 %, selon la mesure, est accordée pour toute

demande d'accord de principe introduite au plus tard le 30 juin 2027. Les travaux concernés doivent être facturés au plus tard le 31 décembre 2030. L'aide au conseil en énergie est elle aussi majorée de 300 euros pour une maison unifamiliale et de 500 euros pour un immeuble collectif, lorsque les conditions prévues sont remplies.

Le régime soutient davantage l'utilisation de matériaux isolants écologiques. Des aides couvrent notamment certaines solutions associant isolation et bardage non fossile, ainsi que les façades ou toitures végétalisées.

Des montants forfaitaires pour le chauffage

Pour les pompes à chaleur, les chaudières à pellets et le raccordement à un réseau de chaleur, les aides prennent la forme de montants forfaitaires, indépendants de la puissance de l'installation. Une majoration supplémentaire de 2 000 euros s'applique à une pompe à chaleur installée dans un logement existant et commandée entre le 1^{er} janvier 2026 et le 30 juin 2027.

Mieux utiliser l'énergie produite chez soi

L'aide pour une installation photovoltaïque dépend de sa puissance installée ; celle pour une batterie domestique est calculée selon sa capacité de stockage. Le dimensionnement doit tenir compte de la consommation du ménage, de ses futurs équipements et des plafonds d'aide. Sous certaines conditions, l'ajout ultérieur d'une batterie à une installation photovoltaïque existante peut aussi bénéficier d'une aide.

Le régime a également introduit une aide pour les systèmes de gestion d'énergie domestique (HEMS) dont la facture est établie à partir

du 1^{er} octobre 2026. Ces systèmes peuvent coordonner la production photovoltaïque, la batterie, la pompe à chaleur et la borne de charge pour utiliser l'électricité au moment le plus opportun.

Un projet à préparer étape par étape

Le préfinancement existe déjà pour le photovoltaïque : les entreprises participantes déduisent directement l'aide de la facture finale. Dès le 1^{er} janvier 2027, ce mécanisme sera étendu notamment aux pompes à chaleur, à l'isolation, aux fenêtres et à la ventilation mécanique contrôlée.

Avant de demander une offre, de passer une commande ou de commencer les travaux, vérifiez les conditions techniques et les délais applicables à votre projet. Le simulateur sur aides.klima-agence.lu donne une première estimation des aides étatiques et communales ainsi que de celles des fournisseurs d'énergie. Les conseillers de Klima-Agence proposent un conseil de base gratuit et indépendant.

Vous pouvez également les rencontrer lors des séances d'information régionales annoncées sur klimabonus.lu.

**WÄRMEPOMPEL,
SOLARANLAG, ISOLATION:
MAM KLIMABONUS
GËTT ALLES MÉI LIICHT.**

klima-agence.lu

**klima
agence**
Shaping our
future together

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Finanzéiert duerch de Fonds climat et énergie

Vérifiez votre système de chauffage avant l'hiver



Avant l'arrivée des premiers frimas, pensez à vérifier l'état et le bon fonctionnement de votre système de chauffage. Pour éviter de grelotter dans votre maison durant les

journées hivernales, mieux vaut s'en occuper dès maintenant !

Après un été caniculaire, les beaux jours touchent à leur fin. C'est le

moment de remettre votre chauffage en service. Après plusieurs mois d'arrêt, il ne suffit pas de régler le thermostat dès que les températures baissent. Pour passer l'hiver bien au chaud, plusieurs vérifications s'imposent, certaines peuvent être effectuées par vos soins, d'autres nécessitent l'intervention d'un professionnel compétent.

Pourquoi vérifier le système de chauffage avant l'hiver ?

Un appareil ou un système de chauffage peut parfaitement rester inutilisé durant plusieurs semaines, voire plusieurs mois. Testez l'ensemble de l'installation avant qu'elle ne devienne indispensable. Cette vérification permet de détecter à temps un réglage erroné, une connexion défectueuse ou encore un problème de programmation. Une installation en parfait état et bien réglée, vous permettra d'aborder les premières baisses de températures en toute sérénité.

Petits gestes ou grand entretien : comment s'organiser ?

Vous pouvez aisément vous charger de quelques vérifications de base – indispensables, mais simples à réaliser – ce qui vous permet d'agir au

moment qui vous convient le mieux tout en limitant les frais liés aux prestations de professionnels.

Pour d'autres vérifications, en revanche, le recours à un professionnel est incontournable. Il est donc judicieux de contacter votre réparateur bien à l'avance : dès les premières journées plus froides, il sera probablement très sollicité par d'autres personnes moins prévoyantes que vous.

En contactant votre professionnel suffisamment à l'avance, celui-ci pourra facilement vous intégrer à son planning, travailler sans urgence et, le cas échéant, effectuer les réparations nécessaires dans les meilleures conditions.



HOWALD-PLATEAU
À la Lisière du Bois

Résidence à 3 unités

✓ **PENTHOUSE VENDU**

reste à vendre :

1^{er} ETAGE
et
REZ-DE-JARDIN



Léa Kappweiler
Bureau Immobilier



40 00 50



www.kappweiler.lu

SPÉCIAL **LIVING**fonction
publique

Les vérifications à votre portée

Cinq contrôles essentiels peuvent être réalisés par vos soins :

- La pression du circuit : contrôlez le manomètre de votre chaudière. Dans l'immense majorité des cas, la pression à froid se situe autour de 1 à 1,5 bar.
- La purge des radiateurs : purger un radiateur sert à évacuer l'air qui s'y est accumulé. Certains signes permettent d'en détecter la présence : le radiateur chauffe moins bien ou émet des bruits inhabituels. Purgez-le avec précaution jusqu'à ce que l'eau commence à s'écouler par le purgeur.
- Dépoussiérez les grilles d'aération : nettoyez les grilles et dégagez les abords des radiateurs et/ou des convecteurs. Placés derrière des plantes, des objets décoratifs ou des meubles, ils diffusent moins efficacement la chaleur. Un espace dégagé favorise une meilleure circulation de l'air chaud.
- Effectuez un premier test : allumez brièvement chaque appareil afin de vérifier son état de fonctionnement.
- Vérifiez le thermostat : contrôlez sa programmation et adaptez-la en cas de besoin : les réglages

effectués l'hiver dernier ne correspondent peut-être plus à vos besoins. À titre indicatif, une température ambiante de 19 à 20 °C est généralement recommandée.

Quand faire appel à un professionnel

Certaines interventions doivent être effectuées par un professionnel agréé.

Il s'agit notamment de :

- L'entretien de l'installation : au Luxembourg, les systèmes de chauffage sont soumis à des contrôles périodiques obligatoires portant notamment sur leur rendement et leurs émissions. Ces contrôles incluent le nettoyage de la chaudière et du brûleur, la vérification technique (contrôle des composants de la sécurité de l'installation et des systèmes de régulation), ainsi que l'optimisation de l'installation (via des réglages permettant d'optimiser la consommation d'énergie). La périodicité des contrôles varie selon le type de chauffage : elle est de deux ans pour le chauffage au bois ainsi que pour les chaudières au mazout, et de quatre ans pour les chaudières au gaz. Le ramonage doit lui aussi être effectué par un professionnel agréé. Pour en savoir plus sur la périodicité applicable à votre in-

stallation, renseignez-vous auprès de votre commune.

- Le repérage des anomalies : faites également appel à un spécialiste

en cas de baisse anormale de la pression, de pannes récurrentes, de bruit inhabituel, de fuite ou de tout autre dysfonctionnement de l'installation.





EIFFAGE
REAL ESTATE

BÂTIR
AUJOURD'HUI
LES LIEUX
DE DEMAIN

LOGEMENTS
DURABLES

QUARTIERS
VIVANTS

AU CŒUR
DE BELVAL

RÉSIDENCE
AU CŒUR DE
BELVAL

Chantehaut

RÉSIDENCE CHANTEHAUT BELVAL

Réservez maintenant, payez à la remise des clés !

Notre offre valable pour la Home Expo 2026 se prolonge rien que pour vous,
lecteur du journal de la Fonction Publique avec le code **LECTEURS2026** *

*Offre exclusive valable jusqu'au 13/11/2026, réservée aux lecteurs du supplément Living du Journal de la
Fonction publique, sur présentation du code LECTEURS2026. Certaines conditions s'appliquent. Pour plus
d'informations, contactez-nous par e-mail à **ventes@idesya.lu** ou par téléphone au **+352 621 676 883**.





Transformez votre chambre en « cocon d’hiver »

L’hiver s’installe. Les journées deviennent plus grises et plus froides, tandis que les soirées semblent s’étirer à l’infini. De quoi donner envie de transformer sa chambre en un refuge chaleureux, où il fait bon s’installer et oublier la grisaille à l’extérieur. Bonne nouvelle : quelques aménagements faciles à réaliser et peu coûteux suffisent à créer une atmosphère accueillante et douillette.

Voici quelques petites astuces :

Optez pour une couette en flanelle

Le lit est la pièce maîtresse de la chambre et, en hiver, le choix de la couette fait toute la différence. La couette en flanelle (une matière qui n’a plus rien à voir avec l’étouffante flanelle d’antan) apporte la douceur et la chaleur qui transforment le lit en un refuge irrésistible. Cette matière moelleuse et agréable suffit à changer l’ambiance et à rendre l’espace encore plus accueillant. D’autres matières se prêtent tout aussi bien à la saison hivernale : le jersey, avec son toucher souple et enveloppant façon tee-shirt ; la gaze de coton (épaisse, respirante et « hyper-cosy ») ; ou encore le mélange coton-polaire (pour les plus frileux)...

Privilégiez des tissus aux tons chauds

Vous n’allez probablement pas repeindre votre chambre chaque hiver. Sans même toucher à la couleur des murs, vous pouvez modifier l’atmosphère de la chambre en optant pour des tissus agréables au toucher et déclinés dans des teintes chaleureuses (chocolat, terracotta, caramel...) ou dans des couleurs d’une irrésistible douceur (vieux rose, vert sauge...). En un clin d’œil, votre chambre vous paraîtra encore plus douce et accueillante.

Installez des lumières douces

Oubliez les plafonniers blafards et les éclairages trop puissants. En hiver, une lumière apaisante favorise la détente et le bien-être. Une atmosphère tamisée invite à se pelotonner sous la couette ou dans un plaid, en tenant un livre, un magazine ou... le journal « fonction publique » entre les mains.

Les lumières tamisées créent un « effet bulle » particulièrement réconfortant durant la saison froide. Voici quelques tuyaux : installez une petite lampe à lumière chaude sur la table de nuit, entortillez une



guirlande lumineuse autour de la tête du lit ou optez pour une lampe d’ambiance réglable. Prévoyez au

moins deux sources lumineuses différentes pour éviter l’effet uniforme et créer une vraie ambiance.

Albe

RÉSIDENCE

7 appartements de standing à proximité de Luxembourg-Ville



108 route de Luxembourg
Helmdange





IMAGES NON CONTRACTUELLES



Votre futur logement vous attend.
Contactez-nous : promotions@wust.lu
691 33 12 63 - 661 34 18 01



**PAS BESOIN DE LAMPE MAGIQUE
POUR FINANCER SON CHEZ-SOI !**

Profitez des **conditions exceptionnelles*** de
la **Semaine Nationale du Logement** pour votre **projet immobilier**.

bgl.lu/fr/pret-immobilier

Taux avantageux*



jusqu'à 5.000 EUR de frais sur l'acte hypothécaire remboursés*



**BGL
BNP PARIBAS**

*)Offres soumises à conditions, sous réserve d'acceptation du dossier par la banque. Conditions spéciales valables du 1^{er} au 31 octobre 2026. Remboursement des frais d'acte hypothécaire à hauteur de 0,5 % du montant total de votre crédit immobilier avec un maximum de 5.000 EUR pour une résidence principale au Luxembourg et sous réserve d'un passage chez le notaire avant le 31 décembre 2026. Plus d'informations dans nos centres de crédits immobiliers et sur bgl.lu.

Ce visuel a été produit par l'intelligence artificielle Midjourney, Firefly et Magnific.

BGL BNP PARIBAS S.A. (60, avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B 6481) Communication Marketing Septembre 2026



**Gut wohnen heißt:
gut beraten sein.**

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände



Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW
Gemeinsam für Ihr Zuhause